

21/12

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Postbestellung zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Subskriptionspreis: halbjährlich 3.00, einjährlich 5.00, über diese Summe hinaus 10% Rabatt. Die Expedition ist für die Abnahme der Anzeigen verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckerei verantwortlich.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 300.

Breslau, Dienstag, den 23. Dezember 1913.

24. Jahrgang.

Fäulnis.

In Berlin ist wieder ein Skandalprozess zu Ende: die Gräfin Elisabeth Fischer v. Treuberg ist wegen Wuchers und anderer Delikte zu Gefängnis verurteilt. Die „Kreuzzeitung“ will durchaus nichts von dem Grafentitel in diesem Falle wissen, spricht krampfhaft von der Schnelverlöchter aus Offenbach, Elisabeth Uhl. Ist indessen gar nichts zu machen: das Dämchen ist nun einmal die Frau Gräfin. Die Gräfin Fischer von Treuberg ist zwar aus sehr niederem Stande in die Kreise der Erlaucht, Edels- und Hochgeborenen noch tiefer hinabgestiegen. Als ehrbare Handwerkerin-Verlöchter hätte sie niemals Umgang mit den effizienten Kreisen gewinnen können. Als Prostituierte gelang es ihr sofort. Grafen, Barone, Attaches, Regierungsbeamte, Industrielle, Meserendore, Studenten achteten diese sofort ihres Umgangs für würdig. Die Blüte der Nation — das Offizierskorps — schloß natürlich nicht. Auch die Herren im Rod des Königs drängten sich mit Eifer in das Bett der damaligen noch einfachen Puff, Uhl. Ein Leutnant wurde von einem Kriminalbeamten in ihrer Wohnung angetroffen, während er ihr — die Eitelkeit wachte. Er wollte sich zwar verstellen und warf dem Kriminalbeamten den Bild eines Zuhälters zu, wie der Beamte befandete. Aber er wurde doch als Offizier erkannt.

Ihr waghrechtes Gewerbe brachte dem Bürgermädchen nicht den Adel, wozu die Ausübung edelster bürgerlicher Tugenden ihr niemals die Wege geebnet hätten. Nachdem Puff Uhl eine Gastrolle als Gattin eines Hamburger Hoteliers gegeben hatte, bot ihr der Leutnant zur See Graf Fischer von Treuberg gegen einen Lohn von 20.000 Mark die Hand und das Mitbenutzungsrecht an seinem Grafentitel an.

Für das Geld, das sie bei ihrem horizontalen Gewerbe verdiente, kaufte sie sich also einen heruntergekommenen Grafen, der für einen neuen Anzug und ein paar blaue Lappen mit ihr zum Standesamt ging. Ehe werden ja wohl „im Himmel geschlossen“. Was der Himmel zu dieser Ehe meint, wissen wir nicht. Aber die bürgerlichen Gerichte kamen nicht dazu, sie für ungültig zu erklären, und man verurteilte nicht einfach die Prostituierte Uhl, sondern die Frau Gräfin Fischer von Treuberg. Ist auch nicht weiter schlimm, denn solche Gräfinnen und Baroninnen stellen zu Dutzenden ihre künstlichen Reize in den leeren Nachsklotalen Berlins zur Schau.

Auffsehen erregte bei diesem Prozesse das Milieu. Lebemannern marschierten auf, die in den Kreisen der Halbwelt sich heimlich fühlen. Sie waren nicht nur Liebhaber der Frau Gräfin, sie waren auch in Geschäftsverbindung mit ihr: sie vermittelte Anleihen. Die Wucherer, die da gemacht wurden, sind typisch: die Darlehensnehmer erhalten einen Teil in bar, für einen großen Betrag Waren, die ihnen zu hohen Preisen angerechnet werden, während sie beim Verfüßern dieser Waren nur einen Bruchteil des angerechneten Preises heraus schlagen können. Der Zinssatz beläuft sich auf hundert Prozent und mehr. Ein Wucherer, ein gewisser Pariser, setzt auseinander, daß unter Berücksichtigung des Risikos die Sache eigentlich solid sei. Denn — wer kommt für das Kapital auf, wenn so ein Skandal es vorzieht, sich eine Kugel vor den Kopf zu schießen? Geschäft ist Geschäft!

Es zeigt sich dabei, daß die Herren Offiziere und die sonstige hochadlige Kundschaft der Nachsklotalen recht murrig sind. Da ist die Rede von einem Leutnant, der, als alle Stride reizen, sich der Frau Gräfin anbietet als — Zuhälter. Da sind andere, die sich von dem Dämchen der Halbwelt aushalten lassen. Das Bild ist nicht neu. Als jüngst gegen den Grafen Wetterlich verhandelt wurde, der unter die Räder kam, weil sich zufällig das Geschäft zerfallen hatte, bei dem er hätte Schwiegerohn des Herrn Wolf Wertheim aus Berlin W.W. werden sollen, sahen wir ähnliche Gestalten.

Eine neue Nuance kommt zum Ausdruck, indem gleichzeitig mit diesem Prozesse Herr Erzberger von der Tribüne des Reichstages die interessante Enthüllung macht, daß es bereits „Bureaus für Ehebruch“ gibt. Findige Reporter haben es bald herausgebracht, was gemeint ist: Bei Ehescheidungsprozessen kommt es darauf an, die Schuld der einen Partei zu erweisen; da bieten sich Spezialisten an, um diese Partei zu beschützen. Dann geht man einen Schritt weiter: gegen gute Bezahlung wird zum Ehebruch verleitet. Frühvorm war ein Fall aufgetischt: ein adliger Großgrundbesitzer aus Schlessen braucht den Nachweis, daß seine Frau, gegen die er prozessiert, die Ehe bricht; ein Institut besorgt das in der Weise, daß einer seiner Angestellten sich als vornehmer Herr bei der Dame einschleicht, ihr Freund wird und dann beschwört, daß er mit ihr die Ehe gebrochen, worauf der Großgrundbesitzer den Prozeß gewinnt, trotzdem die Dame bei Ehebruch bestritt. Lieber das saubere Institut und seinen Agenten ist kein Wort weiter zu verlieren: Lumpenbunde, die auf dem Niveau der Achtgroßenjungen stehen. Aber der adlige

Großgrundbesitzer? Ihm wird's in den „besten Kreisen“ nichts schaden.

Und weiter: in dem Prozesse der Gräfin Treuberg figuriert ihre Hoheit Prinzessin Hohenburg-Büdingen, die Heiraten und Anleihen vermittelt und in den Kreisen der Halbweiberinnen und ihrer Zuhälter zu Hause ist. In Stuttgart wird einer Offizierswitwe das Handwerk gelegt, die Hunderte von „kleinen Leuten“ beschwindelt hat. Die durch ihre Verdienste gegraste Uhl wurde von den Geldbedürftigen ungeschwämmt, wie das Licht von den Motten. Adnigliche Hoheiten, hohe und höchste Herrschaften, Grafen und Barone, preussischer Adel und Beamtenadel — alle dienten bei der Gräfin, küßten ihr die Hände, damit sie ihnen Hilfe in ihrem chronischen Dalles. Von der Prinzessin Luise von Belgien, über eble Herren und hohe Beamte der Diplomatie bis zum kleinen adligen Leutnant, der die Zeit hat, ihre aus dem Maaß über täglich sechs bis acht Liebesbriefe zu schreiben, und den Beruf in sich fühlt, ihr bei ihren Darlehensgeschäften als Kommiss zu dienen, alles kam und alles nahm, was es kriegte. Denn selten gaben die Geldgeber der Gräfin bares Geld, sondern Bücher, Pelze, Schmuckstücke, Nachtgeschirre usw. Die Prinzessin Luise von Belgien erhielt für einen Wechsel über 200.000 Mark Bücher, aus denen sie einige tausend Mark löste, die ihr aber für Provisionen wieder abgenommen wurden. So erging es auch den anderen Pumben. Es war ein ungeheurer Stand, den der Kreis der Erlauchten und Hochgeborenen im Gerichtsjaal ausströmte. Der Stand wurde nur noch übertroffen von der Dummheit der Sineingeweihten. Über auch von außen starrte es in den Gerichtsjaal hinein. So erwähnte einer der Rechtsanwältin, daß in Baden-Baden Fürstlichkeiten, Hamburger Senatoren, hohe Beamte, Großindustrielle Geld gegen zehn Prozents täglich borgen, wenn ihnen im Spiel oder Schlammen momentan die Kasse schwach geworden wäre. Und der Rechtsanwältin Bahn schloß seine Verteidigungsrede mit den Worten:

Wenn er alles Material, welches ihm die Angeklagte aus ihrem Geschäftskreis zur Verfügung gestellt, aufgestellt haben würde, dann wäre es zu einem öffentlichen Skandal gekommen. Wenn er gezeigt hätte, welche, wenn auch nicht allerhöchste, so doch höchste Persönlichkeiten mit der Angeklagten im Verkehr gestanden, dann wäre es zu einem Skandal gekommen. Die Angeklagte hat aber niemand bloßstellen wollen.

Von allen Seiten steigt der Ludergeruch auf. Man soll nicht betallgemeinern. Gewiß nicht! Aber die „Stützen der Gesellschaft“ sollen uns gefälligst vom Leibe bleiben mit der besonderen Ehre der Adligen und der Offiziere. Aus Anlaß der Zaberner Affäre schwafelte ein Blatt über des „Königs Rod“: die Uniform, hieß es, wirkt wie ein „moralisches Korsett“; der Mann erinnert sich, welchen Rod er trägt und gibt sich einen Ruck, wenn die Versuchung an ihn herantritt, etwas Unehrenthaftes zu tun. Die Wirklichkeit sieht etwas anders aus. Der hunte Rod führt dazu, daß diese Leute tausenderlei Versuchungen ausgesetzt sind, und er wirkt gleichzeitig wie ein Schnürleib, der die Fähigkeiten zum ehelichen Erwerb absterben läßt. Geht es dann einmal schief im Leben, dann haben diese Unglücklichen keinen Halt mehr. Deshalb gibt es so viele gescheiterte Eritzenzen, deshalb spielen die aktiven und gewissen Offiziere so oft eine Rolle in den Skandalprozessen.

Noch ein weiteres Moment fällt auf: wie da das Geld rollt in dieser Welt des Vergnügens und des Sumpfes! Die „blauen Lappen“ scheinen da nur noch als Kleingeld zu gelten. Das ist erklärlich. Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten reich geworden, enorm reich. Die Hände fleißiger Proletarier rühren sich und zu Milliarden häuft sich der Profit in den Taschen der Bourgeoisie und des Adels. Ein beträchtlicher Teil dieser Milliarden wird für Luxusbedürfnisse vergeudet. Die Kultur der Bourgeoisie schreibt aber langsamer, viel langsamer vorwärts, als der Reichtum. Von Auswendung der Reichen für Kulturzwecke hört man in anderen Ländern ungleich mehr als in Deutschland, wo reiche Stiftungen überaus selten sind. Das Progenium herr't, die allzu schnell reich gewordene Bourgeoisie jagt dem Luxus in seiner allgemeinsten Form nach. Die Theater wandeln am Rande des Bankrotts, die Museen stehen leer, die Künstler darben. Aber die Lingeltangel und die Brunkfäße, in denen bei Champagner Weidertisch zum Kauf gestellt ist, sind überfüllt. Der wahnsinnige Luxus peitscht die gemeinen Begierden auf, und in dem tollen Tanz schreitern dann die Eritzenzen haufenweise.

Die Erscheinung wiederholt sich. Jede Gesellschaftsform, die auf Ausbeutung beruht, zeitigt schließlich bei der herrschenden Klasse in Perioden, wo der Reichtum gewaltig answillt, die gleichen Anzeichen der Entartung: ein großer Prozentsatz ihrer Mitglieder verkommt in stlichem Glend.

Der Fäulnisgeruch durchzieht die bourgeoise Welt und findet das nahende Ende.

Politische Uebersicht.

Keine Thronrede des Königs?

Das Preußen-Parlament wird diesmal nicht durch den Kaiser, sondern durch den Reichskanzler eröffnet werden, der mit dem Austrage betraut wird, die Thronrede zu verfassen. Man schließt daraus, daß der Wahlrechtsfrage gar keine Erwähnung getan wird und daß der Träger der Krone nicht der Möglichkeit ausgesetzt werden soll, Zeichen der Enttäuschung und des Mißfallens zu vernehmen. Wenn dieser Grund maßgebend sein sollte, wäre es nicht ausgeschlossen, daß Wilhelm II. so lange keine Thronrede mehr halten kann, als bis sein Wahlrechtsversprechen erfüllt ist.

Das Drama eines Reichstagsabgeordneten.

Auf tragische Weise ist am Sonnabend ein Abgeordneter aus dem deutschen Reichstag ausgeschieden: der polnische Graf Mielczynski, der seit 1903 den Kreis Samter Obornik vertrat und bei der letzten Wahl auch in Pleß Rhodnik gewählt wurde, in diesem Kreise aber infolge der Doppelwahl verzichtete. Er hat aus Eifersucht seine 38jährige Frau, eine geborene Gräfin Potocki, und seinen 24jährigen Neffen, den Grafen Mielczynski, erschossen. Die mehr oder minder abweichenden Nachrichten teilen den Vorfall wie folgt mit:

Die Gattin des Grafen Mathias von Mielczynski erbte vor etwa Jahresfrist das Majorat Dabowymokre, ein Schloß und ein Rittergut in der Nähe des Städtchens Grätz. Die Herrschaft liegt etwa 18 Kilometer von Posen entfernt. Der Graf und die Gräfin, deren Ehe wenig glücklich gewesen war, hatten sich vor einigen Jahren von einander getrennt, um jedoch im vorigen Winter wieder zusammenzukommen und auf Schloß Dabowymokre ihren gemeinsamen Wohnsitz aufzuschlagen. Den arbeitsamen Teil des Jahres verbrachte der Graf dort, und nur selten war er in Berlin, wo er, der sich als Landbesitzer, in der einen Namen erworben hat, in dem Hause Siegmunds Hof 11 ein Atelier besaß. Vorher hatte der Graf auf den Stammsitz S d e n i k in der Provinz Posen gewohnt. Vor ein paar Wochen traf auf Schloß Dabowymokre der Neffe des Grafen, der Sohn einer Halbschwester der Gräfin, Graf Alfred von Mielczynski ein. Der Graf schien schon seit mehreren Tagen einen Verdacht gegen seine Gattin und deren Neffen zu haben. Jedenfalls lassen die Einzelheiten der Muttat darauf schließen, daß der Graf mit sich vollkommen im Klaren gewesen ist. Gestern war Graf Mielczynski nach Posen zu einer Gesellschaft gefahren. In der Nacht, gegen vier Uhr, kam er im Auto auf Dabowymokre an. Nachdem er einige Fenster des Erdgeschosses, wo die Zimmer seiner Gattin lagen, erhellt sah, ergab er sich doch zuerst ruhig in sein über diesen Klammern gelegenes Schlafgemach. Als er sich zur Ruhe legen wollte, hörte er ein verdächtiges Geräusch und glaubte im ersten Augenblick, ein Dieb sei in sein Schloß. Dann jedoch fiel ihm ein Verdacht auf, daß die Gräfin, seine Gattin, auf unerlaubten Pfaden wandle. Er ging in sein Arbeitszimmer, nahm sein Jagdgewehr, steckte Munition zu sich und stieg in das Erdgeschoss hinab. In dem Schlafzimmer seiner Gattin traf er die Gräfin mit ihrem Neffen, dem Grafen Mielczynski. Ohne sich zu besinnen, erhob er das Gewehr und löste seine Gattin und seinen Neffen durch zwei wohlgezielte Schüsse. Durch den Lärm, den er beim Herabsteigen in das Erdgeschoss verursacht hatte, war die Gesellschaft der Gräfin, ein junges polnisches Mädchen, erwacht, und Unheil vermutend, war sie im Nachhinein herbeigeeilt. Sie kam noch, ehe die Tat geschehen war. Als der Graf das Gewehr erhob, fiel sie ihm in die Arme, und der erste Schuß, der die Gräfin traf, verletzete die Gesellschaftlerin schwer. Nach begangener Tat sorgte der Graf, nachdem er sich vergewissert hatte, daß seine Gattin und Graf Mielczynski tot waren, in aller Ruhe dafür, daß sich das Dienstpersonal der verletzten Gesellschaftlerin annahm und schloß sich dann in sein Arbeitszimmer ein, um bis in den Morgen hinein dort zu verweilen. Er bemühte die Zeit dazu, um Briefe an seine Verwandten zu schreiben. In ihnen setzte er in aller Ausführlichkeit und mit voller Klarheit die Vorgeschichte und die Beweggründe der Tat auseinander. Am Morgen fuhr er per Automobil nach Posen, um sich dort der Staatsanwaltschaft zu stellen. Noch am Nachmittag wollte eine Gerichtskommission, die mittags 1 Uhr eingetroffen war, auf Schloß Dabowymokre und war mit der Aufnahme des Tatbestandes beschäftigt.

Nach einer anderen Version soll die Gesellschaftlerin nicht verletzt sein. Auch soll sie der ganzen Szene nicht beigewohnt haben.

Die Gräfin, eine heißblütige Polin von 38 Jahren, war als außerordentliche Schönheit bekannt und in der polnischen Aristokratie sehr beliebt.

Neben dieser Lesart existiert eine zweite, nach welcher Graf Mielczynski mit seiner Frau und dem Neffen die Nacht zusammengeessen, dabei Verdacht geschöpft und mit den Weibern in einen Wortwechsel geraten war, worauf er nach seinem Gewehr ging und dann die grausame Muttat verübte. Das würde die kriminelle Bedeutung des Falles für den Läter natürlich bedeutend herabstimmen. Später wird noch hinzugefügt: Die Gesellschaftlerin der Gräfin, ein Fräulein von Rogozowska, bestand sich bei der Gräfin im Zimmer, als bei jener Graf zum Besuch erschien. Als Graf Mielczynski ins Zimmer trat, übernahm er, daß die Gesellschaftlerin im Zimmer war, und glaubte, daß seine Frau mit ihrem Neffen allein im Zimmer sei. Ohne ein Wort zu sagen, erhob Graf Mielczynski das Gewehr und schloß die Weibern nieder. Die Gesellschaftlerin ist unversehrt.

Der Graf ist, nachdem man ihn zuerst auf freiem Fuß belassen, am Sonnabend abend verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis in Posen's überführt worden.

den. Der Neffe der Gräfin, Graf Mielczynski, war im aus-
 lande längere Zeit gelebt und auch im Auslande beim Militär
 gedient.

Graf Mielczynski war, obgleich polnischer
 Herkunft und radikaler polnischer Ge-
 sinnung, fünf Jahre lang Offizier bei
 dem Leib-Rürassier-Regiment in Breslau.

Graf Mielczynski gehörte zu jenen Polenführern, die
 wegen ihrer feudalen Abkunft und wegen ihrer großartigen
 Interessen in vielen Fragen, namentlich in der Schul-
 polfrage, mit den preussischen Junkern in dasselbe Boot
 stiegen. Obwohl in seinem persönlichen Wesen von jener
 dreiviertel französischen Kultur, auf die die polnische Adels-
 hobheit gestützt wird, ging er mit seinen preussischen Klassen-
 genossen durch die und blüht.

Dass er auf die Art die Masse des polnischen Klein-
 bürgertums verstanden müßte, sollte er bald erfahren, wie
 sich ja überhaupt seit geraumer Zeit die soziale Grundlage
 der polnischen Oppositionsbewegung von den Rittergütern
 und dem flachen Lande nach den Städten und dem Bür-
 gertum verschoben hat. Da der Führer der polnischen
 Fraktion, der mehr als achtzigjährige Fürst Radzwill,
 wegen seines hohen Alters die Leitung der Geschäfte nie-
 derlegen mußte, galt Graf Mielczynski allgemein als der
 erkorene Thronerbe. Aber als es soweit war, hob vor-
 ungefahr zwei Jahren nach stürmischer Sitzung die Polen-
 partei nicht ihn, sondern den Rechtsanwalt Seyda auf den
 Schild.

Mielczynski, der selber starken politischen Ehrgeiz besaß,
 verwand die Zurücksetzung nicht, sondern zog sich großem
 zornig ganz aus dem politischen Leben zurück. Im
 Reichstag war er nur mehr selten zu sehen. Und auch
 innerhalb der Polenpartei spielte er keine Rolle mehr.

Das gescholtene Urteil.

Wenn die sozialdemokratische oder auch die liberale Presse
 an einem von deutschen Gerichten gefällten Urteil Kritik übt,
 dann sind die gutgesinnten Elemente auf der Rechten mit
 der Festsetzung bei der Hand, daß den Umstürzern eben der
 nötige Respekt vor der Justiz abgeht. Ihre eigene Stellung-
 nahme zu dem Urteil, daß das Gericht, und nun noch dazu
 das ihnen doch so sympathische Kriegsgericht über den Leut-
 nant v. Forstner gesprochen hat, werden sie natürlich ganz
 anders bewerten, aber wir werden uns merken, wie wenig
 sie geneigt sind, sich dem Spruch der Justiz zu beugen, wenn
 es ihnen nicht in den Kram paßt.

Nach der „Kreuzzeitung“ steht die Härte des
 Urteils in auffälligem Gegensatz zur Milde, mit der kürz-
 lich die wegen schwerer Disziplinarverletzung angeklagten Re-
 kruten bestraft wurden. Die „Tägliche Rundschau“
 nennt das Urteil „recht hart und fast unverständlich“. Die
 „Hamburger Nachrichten“ erklären sich von der
 Entscheidung nicht befriedigt, da das Gericht sich die Prüfung
 der Frage, ob wirklich Notwehr vorgelegen, sehr leicht ge-
 macht habe. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht
 ihre Meinung gewandt wie immer aus:

Man mag über die Auffassung des militärischen Gerichts
 hinsichtlich des vorliegenden Tatbestandes denken wie man
 will, wir glauben, wenn es sich um Verbrechen von Ausdehnung
 eines Zivilisten gegen einen Soldaten gehandelt hätte, dann
 würde mindestens die ganze demokratische Presse von einer
 außerordentlichen Härte, wenn auch nicht vielleicht
 des Gerichts, so doch sicher des Gesetzes, sprechen.

Daß die „Post“ lobt, ist selbstverständlich und braucht
 kaum erwähnt zu werden. Beachtung aber verdient die
 Kritik, die der Wirtl. Geh. Kriegsrat Dr. Roman im
 „Tag“ übt. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß im Falle
 Forstner geradezu ein Festspruch vorliege. Es handle sich
 zum mindesten um vermeintliche Notwehr und das müsse
 zur Verneinung der Schuldfrage und Freisprechung des An-
 geklagten führen. Herr Roman hofft, daß das Oberkriegs-
 gericht zu einem anderen Urteil gelangen werde.

Sturmflut.

Namen von Friedrich Spielhagen.

30, (Nachdruck verboten.)

Abendzugangiges Kapitel.

Der General arbeitete in seinem Kabinett; Lante Sidonie
 nicht vernünftig an ihrem „Sofahaus“, Ottomar war noch
 nicht vom Exerzieren zurück; Elfe hatte ihre Wirtschaft in Ord-
 nung gebracht, sich angezogen, und jetzt, vor dem Frühstück,
 Zeit, Meinings Briefe zu lesen.

Es waren heute Morgen wieder einmal zwei zugleich ein-
 gelaufen. Elfe hatte dieselben, als sie ihr beklagt wurden,
 vorläufig ungelesen in die Tasche gesteckt — sie wußte, es war
 nicht so eilig mit Meinings Briefen. Nun war sie in den
 Garten gegangen und wandelte unter den hohen Bäumen neben
 dem Haus nach dem Schwedischen Garten, ihrem Lieblingsweg,
 den einem der Briefe, welcher ihr zufällig zuerst in die Hände
 gekommen — die Reihensolge pflegte gleichgültig zu sein —
 unter Bäumen entziffernd. Es war das letzte Arbeits-
 blatt schrieb eine originelle, aber nicht sehr lesbare Hand.
 Jeder Buchstabe führte nicht nur ein separates Leben, sondern
 wußte sich auch mit seinen Nachbarn nach rechts oder links durch-
 aus nicht zu stellen; dabei hatten alle eine entschieden Abneigung
 gegen die horizontale und wollten entweder leichtfertig nach
 oben hinaus, oder versenkten sich hypochondrisch in tiefere Re-
 gionen, die bereits der folgenden Zeile angehörten. Zwischenbuch-
 staben bestimmte Zeichen, wie Scherz und aber, waren ausgelesen,
 die demnach Interpretationen sein sollten, aber, weil sie sich
 niemals da fanden, wo man sie erwarten konnte, sogar in ihrem
 Ueberflusse nicht selten zwischen die Silben der Worte gerieten,
 die Verwirrung eher vermehrten, als herabsetzten.

Endlich hatte Elfe doch folgendes herausgebracht:
 „Gott! Ich bin mit jetzt ganz klar, ich darf sagen:
 was erhen hat in meinem Leben; und Du, Du selbst, Dein
 letzter Brief — o, dieser letzte Brief! Wenn Menschen irgend-
 was, werden seine Leben; wenn der halbe Elfe die Besen-
 zung, die unerschöpflich unerschöpflich, noch fünf langen, langen
 Tagen, mit dem Munde, den sie doch zu lieben sollen, nur zu
 einer humoristischen Schilderung eben dieser Besetzung Stoff
 gibt, daß die arge Miete zu hoffen haben, hofft die arge
 Miete, hofft und — Heil! Ja, sie liebt, liebt ihn, den Du ver-
 schämt hat Du schämst die Kinder wieder, weil die Rede
 einer Prinzessin Deine Rede preist! Du wirst sagen: das ist
 nicht, das ist nicht! Aber sind nicht Mitleid und Liebe? —
 Heil! Ja, ich habe mit ihm gelitten, ich habe mit ihm
 gelitten, ich habe mit ihm gelitten. Tränen schmecken

Und sollte das, fährt er fort, nicht der Fall sein — nun,
 letzten Endes kommt es doch auch noch auf das Be-
 stätigungserecht an, das — erkrankungsweise auch das
 Recht enthält, eine zu harte Strafe zu mildern.

Man erhofft also, wenn alles schief geht, von einem
 nach den modernen Rechtsanschauungen willkürlichen Ein-
 griff in die Rechtsprechung die Revision eines Spruches,
 den die Herren auf der Rechten nicht sowohl um des Leut-
 nants v. Forstner willen, als vielmehr wegen der Kon-
 sequenzen, die er für den Oberst v. Reuter und den General
 v. Delmling und nicht zuletzt für die Beurteilung der
 konservativen Politik haben muß, für unerträglich halten.

Darüber hinaus aber wollen sie auch noch eine be-
 sondere Rewand und verlangen, daß denen, die angeblich
 das Militär beleidigt haben, schleunigst der Prozeß gemacht
 werde. Die „Kreuzzeitung“, die den Chor führt, läßt dabei
 in ihrer Wut einen schönen Blick in die Gedankenwelt der
 Konservativen tun.

Nicht ohne Grund hat man gesagt, daß Militär bestim-
 mt im Elend wie in Feindesland. Aber es hat
 dort nicht mit offenen Gegnern zu kämpfen, sondern, wie die
 Vorgänge in Teltow im der Frühjahre des 2. Dezember be-
 sonders deutlich gelaßen, gewissermaßen mit Frankturen.
 Wegen solche Feinde pflegt man mit besonderer Erb-
 bitterung zu kämpfen und gegen sie pflegen
 auch besonders scharfe Strafen zur Anwendung
 zu kommen. Im vorliegenden Fall ist davon bisher noch
 nichts zu merken gewesen.

Es ist erfreulich, daß die Junker einmal so offen aus-
 sprechen, wie nach ihrer Meinung in Elfa-Votringen Politik
 gemacht und mit dem Gesetz umgegrungen werden soll.
 Doppelt erfreulich, weil es als sicher gelten kann, daß sie
 ihr Rezept nicht nur gegen die Elfa, sondern gegen alle
 die angewendet wissen wollen, die nicht ohne weiteres bereit
 sind, die Segnungen des echten Preußentums dankbar ent-
 gegenzunehmen.

Zum Urteil über Herrn v. Forstner

schreibt die „Berliner Volkszeitung“ ganz zutreffend:

Wir sind nicht der Meinung des Anklagevertreters, daß
 dreißigjährige Tage schon eine sehr hohe Strafe für den
 rechtswidrigen Waffenbruch in Verbindung mit Körper-
 verletzung sind, wie sie das Gesetz als Mindeststrafe fest-
 setzt. Wenn man bedenkt, was für ein Unheil eine
 Waffe in der Hand eines jungen, unbesonnenen, sich selbst
 nicht in der Gewalt habenden Menschen anrichten werden kann,
 so ist die Strafe von sechs Wochen Gefängnis für dieses Ver-
 brechen sehr hoch, vielmehr sehr mild. Bei dem lächeln-
 den Fabrikarbeiter ist der Säckel zufällig noch verhält-
 nismäßig allmählich abgegangen. Ebenso leicht aber
 hätte der junge Mann, der hier dem Schmalzgeräsel be-
 traufelt gegenüberstand, einen Sieb führen können, bei dem aus
 der Körperverletzung ein Totschlag geworden wäre. Der
 Fall lag trotz der Milderungsgründe, die der Anklageverteiler
 ins Feld geführt hat, so kräftig, daß auch eine weit
 höhere Strafe, als sie das Gesetz als Minimum vor-
 schreibt, sehr wohl verständlich gewesen wäre.
 Schließlich, absolut nichts sprach dafür, daß der Leutnant in Ver-
 züchtung und Schwermut, nichts dafür, daß er in Notwehr ge-
 handelt habe. Nicht einmal in Notwehr hat er seinen
 Säbel in Funktion gesetzt! Man stelle sich vor, ein Leut-
 nant, ausgerüht mit Säbel und Pistole, den
 kriegerischen Leib geschäftigt von vier starken
 gleichfalls nicht zu knapp bewaffneten Sol-
 daten, mit aufgeflossener Bajonett um
 ihren Gebieter gescharrt, bereit, den lahmen
 Schuhmacher zu erledigen, wenn er dem Herrn
 Leutnant in Bestürzung und Schwermut für sein gänzlich un-
 bedrohliches Leben gezittert haben? Mit Recht hat der Anklage-
 vertreter herausgefunden, daß eine solche Annahme geradezu
 lächerlich gewesen wäre. Und so lag in der Tat die Sache,
 wie der Anklageverteiler im Eingang seines Plädoyers be-
 tonte, gegen den Angeklagten sehr einfach. Hier blieb
 schließlich nichts anderes übrig, als eine Verurteilung wegen
 Körperverletzung und großen Mißbrauchs der Waffengewalt.
 Noch niemals lag ein schweres militärisches Verbrechen so klar und
 unbestritten zugutage, wie im Falle des Leutnants von Forstner.
 Es war diese sommerschöne juristische Lage des Falles, die den
 Gerichtshof befähigte, bereits nach kurzen zwanzig Minuten die
 Schuldfrage ohne langes Hin und Her zu entscheiden und den
 Angeklagten in einen Verurteilten zu verwandeln.

ich sehe diese Tränen über die braunen Wangen lang und lang-
 sam niederfallen in den lodigen Bart aber die letzte, die aller-
 letzte — ehe sie in den Nebel sanfter Wehmuth verfließt, —
 ich werde sie selber trocken — ich! Ich bin entschlossen. Mor-
 gen früh muß mein Papa anspannen lassen — morgen Abend
 tritt Du das Amt einer Jenseit, die Dich beklagt, aber ent-
 schlossen ist, Dich nicht zu hören — das zürnende Antlitz fer-
 ner Mäherin, Deiner unglücklichen

Der zweite Brief lautete:
 „Du wirst es nicht sehen! Geliebte, angebetete Elfe, ver-
 zeihe mir! Ich bin nicht schlaflos, das alles fällt mir, so still, daß
 ich das Blut in meinen Adern rieseln höre und zusammen-
 schneure, wenn unter Capor aus dem Hofe anschlägt; wenn ein
 Äpfel, den ich vergesse habe, oder zu dem ich nicht hinauf-
 kommen konnte, von dem Baum vor meinem Fenster durch die
 dünnen Zweige raschelt und auf den Boden klappert — sie sehen
 immer wunderlich aus, aber sind fast kerngesund — jetzt, wo
 ich Deinen Brief zum zweiten Male lese, verweile ich ihn erst,
 verweile ich den ersten, schmerzlichsten Ton, der durch das
 Eselengestänge Deines Humors hindurchzittert. Ein Wort hat
 mir alles klar gemacht: ein einziges, tiefes, feilevolles Wort,
 wie es so tief, so feilevolles nur aus dem Herzen und der Fer-
 der meiner Elfe kommen kann. Du schreibst: er ging den For-
 stner hinauf, die Prinzessin sprach mich an, sehr hübsch, nach
 über das geladene Miene und dem gütigen Lichte ihrer sanften
 Stimme zu lächeln; aber ich gehe zu meiner Beschämung:
 über einen Brief waren mir „höflich“. — Du Deiner Beschei-
 dungen — Elfe — Elfe! zu meiner, meiner tiefsten herzer-
 schütternden Beschämung! O, mein Gott, was alles liegt in die-
 sem einzigen „höflich“! Dein Schwermut, Dein Humour, Deine
 Reue, Deine Liebe! Nun denn: liebe ich ich verzeihe — ich
 muß es ja! — auch auf die Reize zu Dir! Papa kann mor-
 gen, so wie so, nicht für mich anspannen lassen, weil er keine
 Freitagsmahl nach Prora fahren läßt, und Mama will Pfannen-
 essen kochen. Daß mich meinen Summer in Einigkeit und Pfau-
 mensinn anzuweisen und anschnitten und behalte nur ein we-
 nig lieb Deine überunglückliche Miete.“

„Das hat nun wieder für herrliches, lächerliches Zeug ist!“
 sagte Elfe.
 „Aber sie lachte nicht, sagte es im Gegenteil sehr ernsthaft,
 las sogar die Briefe sehr sorgfältig noch einmal und ließ die
 Briefe erst in die Tasche gleiten, als jetzt Lante Sidonie in die
 Tür der Gartentür trat und das Trappchen hinauf in den
 Garten und auf sie zu kam.
 „Ich muß mich etwas erholen“, sagte L.
 „Wo geht Du jetzt?“ fragte Elfe.
 „Bei einem überaus hübschen Kapitäl. Bei den Vermäh-
 lungsfestlichkeiten. Malorie ist sich da positiv im Stich. Die

Regierung und Arbeitslosenversicherung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kommt in ihrem
 Wochenrückblick noch einmal auf die Frage der Arbeitslosen-
 Versicherung und betont, daß die Regierung auf ihrem ab-
 lehnen Standpunkt beharren müsse. Zunächst werden
 Schwierigkeiten vorkommen, die kaum zu überwinden seien
 und dann wird die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversiche-
 rung überhaupt bestritten. Zum Beweise für die Ueber-
 klüglichkeit dieser Versicherung bezieht sich das Organ des
 Reichsanlagers auf das Ergebnis einer Umfrage, die die Zeit-
 schrift „Der Arbeitgeber“ bei den Unternehmerorganisationen
 veranstaltet hat. — Die Meinung der Arbeiterorgani-
 sationen kommt für die Regierung gar nicht weiter in Be-
 tracht, maßgebend ist der Wille der Unternehmer. Ein Be-
 weis dafür, daß das Wort des früheren Staatssekretärs
 Böltcher: „Meine Herren! Wir arbeiten ja nur für
 Sie,“ auch den Männern zur Richtschnur dient, in deren
 Hände gegenwärtig die Interessen des Reiches gelegt sind.

Wohnungszustände in der reichsten Stadt.

Zu den reichsten Städten Preußens zählt nach seiner
 Steuerleistung das Berlin benachbarte Charlottenburg. Wie
 aber die armen Leute in dieser reichsten Stadt leben, da-
 von gibt ein Bericht der Charlottenburger Stadtverwaltung
 ein wahrhaft erschütterndes Bild.

Weniger als zwei Wohnräume zählten von den 2861
 Wohnungen der Armenbevölkerung 1536 Wohnungen als
 mehr als die Hälfte; 186 von ihnen mit Atermatern, 1349 be-
 standen aus Stube und Küche. Zwei von diesen Wohnungen
 hatten neben der Stube nicht einmal eine Küche, sondern nur
 eine Kammer, in der gekocht wurde. Unter der Grenze eines
 menschenwürdigen Unterkommens blieben aber eine Wohnung,
 die lediglich in einer Kammer, 16 Wohnungen, die lediglich in
 einer Küche, und 114 Wohnungen, die nur aus einem Wohn-
 raum ohne Küche bestanden. Von diesen 131 nur aus einem
 einzigen Raum bestehenden Wohnungen hatten sechs noch
 Atermatern aufgenommen. . . . Auch von den Wohnräumen
 mit zwei Räumen, Stube und Küche, waren 157 von fünf
 Personen, 86 von sechs Personen, 46 von sieben Personen,
 2 von zehn Personen und 1 von zwölf Personen bewohnt.
 Eine aus einem einzigen Raum ohne Küche bestehende
 „Wohnung“ war in zwei Fällen von fünf Personen, einmal
 von sechs und einmal sogar von neun Personen bewohnt, und
 in einer nur aus einer Küche bestehenden „Wohnung“ haustern
 sieben Personen.

Es handelt sich um Wohnungen der unterstützten Armen,
 für die jährlich 260 — 310 Mk. oder 400 — 450 Mk. Miete (für
 zwei Stuben und Küche) bezahlt wird. Ein großer Teil der
 Arbeiter, die kein Armenunterstützung beziehen, wohnt aber
 auch nicht besser. Und nicht besser, sondern viel eher schlech-
 ter als in Charlottenburg mit seinen meist neuen Häusern aus-
 sieht es in den meisten andern deutschen Großstädten aus.

Trotzdem steht das Streben der sozialdemokratischen
 Reichstagsfraktion durch ein Reichswohnungsgezet eine Besserung
 dieser menschenunwürdigen Zustände anzubahnen, nur läßt
 Widerstand. Und obgleich es an brauchbaren Wohnungen
 fehlt, steht in Charlottenburg wie in allen anderen deutschen
 Städten die Bauätigkeit und Zehntausende von Bauarbeitern
 und arbeitslos. Auf der einen Seite ein schreiendes Ver-
 dürfnis nach Vermehrung der volkswirtschaftlichen Güter,
 auf der andern Seite keine wirtschaftliche Möglichkeit, dieses
 Bedürfnis zu befriedigen und Vermehrung des Giebs durch
 Stocken der Produktion! Wie herrlich offenbart sich hier der
 weise Sinn unserer kapitalistischen Ordnung.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Ueber den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen
 wegen der Bagdabbahn weiß der „Tag“ von besonderer
 Seite zu melden:

Die verschiedenen Bevollmächtigten zu den in Berlin ge-
 pflogenen Bagdabbahnverhandlungen treten morgen ihr
 Weihnachtstreffen an. David-Dei, der türkische Finanz-
 bevollmächtigte und Duquenois, Generaldirektor der Bagdab-
 bahn, reisen morgen nach Konstantinopel ab. Auch die
 Herren Sergeant und Boulet, die im Namen der französischen
 Regierung mit dem hiesigen Auswärtigen Amt über die Ab-

Beispiele, die er auf Seite 181 des zweiten Bandes gibt, sind
 unendlich instruktiv, aber nur für die Marschälle großer Käfte:
 Vermählung unserer höchstseligen Majestät — à la bonne heure!
 Programm der Vermählung durch Prokuration Seiner Majestät
 des Königs Dom Pedro von Portugal und Argobien —

„Wen heiratete der doch gleich?“ fragte Elfe.

Sidonie, welche, die Hände auf dem Rücken, neben ihr
 ging, blieb erschrocken stehen.

„Aber Kind, Kind! Ist es möglich? Du hast mit dem
 Kapitäl doch gestern Abend noch selbst vorgelesen; ich habe die
 halbe Nacht nach gelegen und darüber gegräbelt, und Du weißt
 nicht mehr, daß die höchstseligste Braut Ihre Durchlaucht die
 Prinzessin Stephanie von Hohenzollern-Estmarken war? —
 Aber die Sache ist: Du hast keine Sympathie für mein Wert:
 Du bleibst nicht ein, oder willst nicht sehen, welche unermessliche
 Wohlfahrt für die kleinen Köpfe ein wirklich überströmendes, burch-
 schmeißendes, für ihre Verhältnisse angepasstes Zeremoniell ist!
 Nebenher, nun, Kind! Ich bin Dir nicht weiter böse! Du hast
 diesen Verhältnissen nicht so nahe gestanden — wie solltest Du
 diese Wichtigkeit Dir ganz klar machen können, wenn Du auch
 mal ganz passable Gedanken über die wichtigsten Punkte
 vorträgst! Nun stelle Dir folgendes vor: Bei der Vermählung
 Sr. höchstseligen Majestät legten zwei Generalleutnants — es
 waren die Herren von Brauchthich und von Kessel —, welche an
 den beiden Enden der Tafel saßen, die Speisen vor, gaben
 sie den hinter ihnen stehenden Kammerlanten, diese den Pagen,
 und von diesen erhielten sie die funktionierenden großen Hof-
 wagen und Kavaliere. Sehr schön! Wo soll ich aber an einem
 kleinen Hof, wie der unsrige war, zwei Generalleutnants be-
 nehmen?“

„So nimm zwei Leutnants.“
 „Brachthall!“ sagte Sidonie. — „Das — nein, das geht
 doch nicht! Hoffen gerade ich! Schließlich in der Rangordnung,
 wenn ich mit den Leutnants anfangen? Aber Du hörst schon
 wieder nicht!“

„Doch, doch, Lante, ich dachte nur, daß wir heute Abend
 selbst zwei Generalleutnants haben werden und daß mir ein
 paar Leutnants viel lieber wären. Wir haben wirklich zu wenig
 Länger.“

„So kann ja Ottomar noch ein paar Kameraden mitbrin-
 gen; übrigens so wenig sind es dem doch nicht; da ist Graf
 Oelze, der, wie er mir sagte, lebenslanglich lang; da ist Zell-
 rich, da ist Schömann — er sagt, er langt nicht mehr, aber das
 hat man bei einem Gaubmann zweiter Klasse nicht
 lassen; da ist —

Die Lante nannte ein halbes Duzend Namen; den Namen
 welchen Elfe allein zu hören wünschte, nannte sie nicht.
 (Fortsetzung folgt.)

angrenzung der wirtschaftlichen Aktionsraden der verschiedenen Eisenbahngruppen in Kleinrassen unterhandeln, dürfen morgen nach Paris abreisen und erst nach Neujahr hierher zurückkehren. Die Verhandlungen sind selber noch nicht so weit fortgeschritten als es wünschenswert erscheinen könnte besonders hinsichtlich der Frage der Anlage eines Hafens in Suedie (Selencia) noch immer bedeutende Meinungsverschiedenheiten, deren Besprechung erst zu Anfang nächsten Jahres wieder aufgenommen werden dürfte.

Man wird sich um Meinungsverschiedenheiten schon verständigen, wenn die Kapitalisten beider Länder dabei ihre Geschäfte machen können. Jedenfalls ist es sehr hübsch zu sehen, wie gut man mit dem „Erbfeind“ verhandeln kann, wenn es um die Förderung des gemeinsamen Profits geht. Die Arbeiter beider Länder vertragen sich längst ausgezeichnet mit einander, wenn nun auch die Kapitalisten auf der Basis eines friedlich-schiedlichen Abkommens gemeinsam operieren wollen, was durchaus zu wünschenswert ist — wo bleiben dann Aldeutsche und Behrvereinter mit ihrem ganzen Geschrei?

Vom „nichtkonfessionellen“ Zentrum.

Auf der Vertrauensmänner-Versammlung der schlesischen Zentrumspartei zu Breslau am 13. November d. J. wurden für die Eintreibung der Parteigeelder verschiedene Verhaltungsmaßregeln gegeben, von denen einige lauten:

„Da die Wahlbezirke in vielen Fällen keinen politischen oder kirchlich oder formal geschlossenen Bezirk bilden, für den eine persönliche Spitze zu finden ist, so bleibt nur übrig, die Pfarrei als den angedeuteten einheitlichen Bezirk anzunehmen. Danach muß die Wahlbezirke nach ihrer Zugehörigkeit zur Pfarrei geordnet werden. Dies ist der Grund der Ablehnung des Abgeordnetenwahlgesetzes. Die Stimmzettel bei den Wahlen können auch mit Hilfe der Pfarrei geordnet werden.“ In Pfarren, besonders in Oberösterreich, wo eine durchgehende irdere Bevölkerung vorhanden ist, wird es dank der Freigebigkeit des Klerus und den weitläufigen Wohlhabenheiten durch einen höheren Beitrag doch leicht möglich sein, die auf die Partei entfallende Summe aufzubringen.“ Die Ortsvorstände müssen sich naturgemäß bei der Umschreibung nach Pfarren an erster Stelle an den Pfarrer halten.“

Dazu bemerkt „Das katholische Deutschland“: „Priestergehalt, Priesterarbeit verlangt man, um nicht konfessionelle Parteigeber zu machen.“

Wo kommt denn das „Priestergehalt“ her, Hebes „katholisches Deutschland“? Verdienens viellecht die Priester?

Das mecklenburgische Ministerium gegen Verschlechterung des Kommunalwahlrechts. Der Magistrat in der mecklenburgischen Stadt Wisnar hat bekanntlich das Ministerium zur Entscheidung angerufen, nachdem die Stadtverordnetenversammlung den von ihm betriebenen Wahlrechtsraub (der zweite innerhalb drei Jahren) abgelehnt hätte. Jetzt hat die Schweriner Regierung den Rat mit seinem Antrage abgewiesen, weil die Steueranstalt der zweiten Klasse nach dem Vorschlage des Magistrats erheblich grösser sein würde, als bei der dritten Klasse, was als mit den Grundätzen des Dreiklassenwahlrechts vereinbar nicht angesehen werden kann. — Der Magistrat hatte, wie schon berichtet, sogar die Gesetzvorzüge erlangt, die die Wahlen bis zu dieser Entscheidung der Regierung verschleppen zu wollen, was er schon vor einigen Tagen revidiert worden ist.

Zusammentritt des preussischen Landtages. In der ersten Sitzung des Landtags am 8. Januar 1914, wird der Finanzminister den Etat einbringen. Am 9. Januar findet die Wahl der Präsidenten und der Schriftführer statt. — Auch das Herrenhaus tritt am 8. Januar zu einer Sitzung zusammen und wird gleichzeitig am 9. Januar sein Präsidium wählen.

Den ländlichen Zolltarif hat ebenso wie vor einigen Tagen Freiherr von Wangenheim auch Dietrich Babn am Freitag in einer Winderversammlung in Köln verlangt. Er erklärte, bei der bevorstehenden Erneuerung der Handelsverträge müßten Landwirtschaft, Handel und Industrie gemeinsam zum Schutze der nationalen Arbeit zusammengehen, um die Fehler des Zolltarifs von 1902 auszumergeln. — Das soll selbstverständlich heisser, die ländliche Bevölkerung noch mehr als bisher auszubeuten.

Landtagswahlwahl in Tullingen. Bei der am Sonnabend vergangenen Wahl zum württembergischen Landtag im Wahlkreis Tullingen siegte der Fortschrittler Stegen im 1147 Stimmen über den sozialdemokratischen Kandidaten Schwab, der 624 auf 2604 Stimmen brach.

Kirche und Staat. Senat und Kirche sind in Hamburg verfassungsmäßig getrennt. Trotzdem beantragte jetzt der Senat, die Erhebung der Kirchensteuer der staatlichen Steuerbehörde zu übertragen, woraus den Kirchengemeinden eine jährliche Ersparnis von 40000 Mk. erwächst. In der Bürgererschaft stimmten alle bürgerlichen Fraktionen dem Senatsantrag zu mit der Maßgabe, daß auch mit den anderen Religionsgemeinschaften ein entsprechendes Abkommen getroffen werde. Dagegen stimmte nur die sozialdemokratische Fraktion, in deren Namen Genosse Stolten den Liberalen vorhielt, daß sie hier wieder ein altes liberales Prinzip grundlos preisgegeben haben.

Ausland.

Ein großer Ministerandal.

Im österreichischen Abgeordnetenhause zeigt der Minister Dlugos als ein Mann einher, der in die schmutzigen Geldgeschäfte und Bestechungsaffären verwickelt gewesen ist. Der polnische Sozialdemokrat Breiter schilderte den Werdegang des Mannes am Sonnabend in einer Rede, der folgende Stellen entnehmen:

„In dem kleinen Büchlein „Das österreichische Abgeordnetenhause“ heißt Dlugos, wie er selbst angegeben habe, Dabslaus v. Dlugos; sein Vater wäre Landgerichtsrat und er habe die Oberrealschule absolviert und an den Technischen Hochschulen in Prag und Graz studiert. Jedes Wort ist eine Lüge! Dlugos hat das Schlosserbauwesen erlernt und wurde als Schlossergeselle aus der Lehre entlassen. An das Böhmen von Wladyka eine interessante Geschichte: Eingeweihte Kreise erzählen darüber, daß, als im Jahre 1911 Graf Schurz sein Kabinett zusammenstellte und vom Polenklub Dlugos als Landmannminister vorgeschlagen wurde, der Ministerpräsident sich den Namen aus dem genannten Büchlein herausgeschreiben habe, in dem Dlugos als „Dabslaus v. Dlugos“ angeführt ist. Die Kabinettliste fertigte ein Dokument an Dlugos aus, und darin ist Dlugos als oblig bezeichnet worden. So kam Dlugos als Sonnenkind unter die Wägen.“

Als Dlugos Direktor der englischen Naphtageellschaft wurde, nahm er Bestechungen von der Gegenpartei an, führte zahlreiche Prozesse und nahm unter dem Deckmantel seiner Frau und seines Schwiegervaters zahlreiche Bestechungen

gelder an. Am deutlichsten Beweisen dies zahlreiche Bestechungen. In einem Urteil des Prokurators Gerichts, nicht, es sei notorisch, daß dem Zeugen Dlugos kein Glaube zu sein hat. In einem Urteil am 21. Februar 1911 entschied ein Richter in Warschau gleichfalls, daß dem Zeugen Dlugos kein Glaube geschenkt werden könne. Das Appellationsgericht gab der Berufung nicht statt. In dieser Appellationsverhandlung wurde festgestellt, daß Dlugos falsche Zeugnisse abgelegt habe. In der polnischen Presse war immer von den Beziehungen des Barons Popper zu polnischen Abgeordneten die Rede, niemals aber über Dlugos und Popper. Zu einer Zeit, wo Dlugos ein armer Mann war, war Popper Millionär, und es kam wie ein Märchen: die Millionen des Barons Popper flossen in die Taschen des Herrn Dlugos; denn nun ist Popper ein armer Mann und Dlugos Millionär.“

Der so geschickte Minister hörte den schweren Anklagen von der Zuschauertribüne aus zu, wo er sich verborgen hielt. Auf seinem Plaz zu erscheinen, wagte er nicht. Die weitere Debatte führte zu großen Kermessenen. Die Lage des gesamten Ministeriums Sitznach dürfte gequält sein.

Liberale Hebelte gegen die Rüstungspolitik.

Aus London wird uns geschrieben: Ein Teil der englischen Liberalen hat einen neuen Versuch unternommen, um sich und das Land von dem drückenden Joch der unheimlichen Rüstungspolitik zu befreien. Bisher haben weder die Diskussionen und Proteste der Presse, zahllose Versammlungen und vieler Handelstammern, noch auch die Resolutionen des liberalen Parteitag in Leeds einen merklichen Einfluß auf die Politik der liberalen Regierung ausgeübt. Nun ist eine Deputation von 40 bis 50 liberalen Parlamentsmitgliedern zum Ministerpräsidenten Asquith gegangen und hat eine Vernehmung des Premier verlangte. Die Redner der Deputation schienen eine ziemlich deutliche Sprache geführt zu haben. Sie wiesen auf die vielen friedliebenden Neigungen des Ministerpräsidenten selber, des Außenministers Churchill und des Schatzlanglers Lloyd George hin und betonten den klaffenden Widerspruch, der zwischen diesen Behauptungen und der wirklichen Flottenpolitik der Regierung bestehe. Insbesondere das Verhalten Churchill wurde scharf kritisiert. Es wurde darauf verwiesen, daß er seine öffentlich verkündeten Flottenprogramme eines nach dem anderen zugunsten immer neuer Rüstungen über den Haufen werfe. Er habe er einen Versprechung von 60 Prozent gegenüber der deutschen Flotte für hinreichend erklärt, dann wolle er die Dreadnoughts der Kolonien oder ihre Äquivalente von diesem Verhältnis ausgeschlossen wissen und schließlich sollte es sich überhaupt nur auf das Verhältnis in der Nordsee beziehen. In den letzten sieben Jahren liberaler Regierung sind die englischen Flottenausgaben um nicht weniger als 50 Prozent gestiegen, und nun hat Mr. Churchill noch eine weitere große Erhöhung angekündigt, die das Flottenbudget im nächsten Jahre auf 80 Millionen Pfund Sterling (eine Milliarde Mark) hinaufbringen würde. Nicht genug damit, hat Churchill in seiner Guildhall-Rede eine neue Periode vermehrter Rüstungen in Aussicht gestellt, und von gewaltigen Vermehrungen der Luftflotte und der Unterseeboote gesprochen.

Das sei eine höchst besorgniserregende Lage, die die Zukunft des Landes und das Schicksal der liberalen Partei aufs tiefste berührt. Die Deputation erklärte jede weitere Vermehrung der Rüstungen, die nicht direkt aus den früheren Programmen automatisch fließe, für absolut unnötig und drohte, sie zu verweigern. Noch nie sei die Nation in einer sichereren Lage gewesen, sowohl infolge ihrer militärischen Stärke, als auch dank der jetzigen Umstände, und bei dem gegenwärtigen Stand der internationalen Beziehungen am Kontinent gebe es keinen Staat, der einen Angriff gegen England wagen würde, sofern er nicht in unerträglich Weise provokiert würde. Die Deputation schloß mit der Erklärung, daß eine Fortsetzung der bisherigen Politik die Regierung zwingen würde, ihre Sozialreformversprechen zu brechen, was der liberalen Partei zum Verhängnis werden könnte.

Ueber die Antwort, die Asquith der Deputation erteilte, sind verschiedene sehr wortreiche Besprechungen im Umlauf. Nach den zuverlässigsten hat der Ministerpräsident seine politischen Anhänger sehr kurz und scharf abgefertigt. Er erklärte zwar, daß der nächste Etat im wesentlichen nur automatische Rüstungsvermehrungen enthalten werde, wogegen sie sich aber, die Deputation, hartnäckig zu behaupten, daß die von Churchill angekündigte neue Rüstungsperiode nicht die Zustimmung der Regierung habe. Im Gegenteil, er betonte mit großem Nachdruck, daß es zwischen Churchill und den anderen Mitgliedern der Regierung keinerlei Meinungsverschiedenheiten gäbe. Endlich soll er der Deputation klipp und klar erklärt haben, daß die Drohung mit einer Revolte keinen Eindruck auf die Regierung mache und den Parlamentaristen nichts nützen würde. Denn wenn sie die Regierung zu Falle brächten, würden sie nur erreichen, daß eine konservative Regierung ans Ruder käme, die voraussichtlich noch viel größere Rüstungen unternehmen würde.

Die liberalen Parlamentaristen scheinen sich von dieser Dreyfeste noch nicht erholt zu haben und ihre Propaganda Kammer nur ein paar hilflose Worte. Die „Daily News“ geht aber doch so weit, zu drohen, daß wenigstens ein Teil der Liberalen keine Maßregeln scheuen wird, die nötig sind, um die liberale Regierung und ihre Flottenpolitik unter die Kontrolle liberaler Gruppierungen zu bringen. Daselbe Blatt kündigt für morgen eine Versammlung liberaler Parlamentaristenmitglieder an, die über die weiteren Schritte beschließen soll.

Weichen auch nur 50 liberale Abgeordnete handhaft, dann können sie mit der Hilfe der Arbeiterpartei, die ihnen selber mehr, der Regierung bald die Lust zu weiteren Pöffen vernehmen. Aber die bisherigen Erfahrungen berechtigen nicht zu großen Hoffnungen.

Die Kirche und die kommenden Parlamentswahlen.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns: Früher als alle anderen Organisationen fängt diesmal die katholische Kirche an, sich für die im Mai 1914 stattfindenden allgemeinen Wahlen in Paris zu rüsten. Und ohne die geringste Scheu zu empfinden, geben die Bischöfe schon jetzt die konfessionelle Sammelparole aus. In einer ganzen Anzahl von Diözesen gelangten Flugblätter zur Verteilung, auf denen in der französischen Sprache und Antwortvielfach die Leser aufgefordert werden, sich zur Verteidigung der angeblich wieder einmal bedrohten Kirche zusammenzuschließen. Es scheint, daß man in Frankreich die italienische Taktik des Grafen Venturini nachahmen, d. h. darauf verzichten, zu viel ausgesprochen katholisch-kerliche Kandidaten aufzustellen, dagegen den irgendwie unpolitischen Kandidaten die Wahlhilfe verweigern will unter der Bedingung, daß sie einen „Vakt“ unterzeichnen. Die Gründung eines katholischen Wahlvereins wäre zwar nicht nur in Aussicht gestellt, aber die Möglichkeit leuchtet zwischen den Fingern durch. Ganz ähnlich ist man sich jedoch nicht in den lat. o. östlichen Kreisen. Die bestehenden Organisationen, wie die „Action Libérale“, deren berühmtestes Mitglied der große Redner Graf de Mun ist, kann das Entschließen neuer katholisch-politischer Organisationen unmöglich gern sehen. Und ebensowenig mögen die Monarchisten und Bonapartisten, die sich fast ausschließlich im Lager der Katholiken rekrutieren, eine Freude daran haben. Da nun sowohl die „Action Libérale“ mit die Parteien der Monarchisten und der Katholiken ihre Bischöfe haben, so können sich auch die „katholischen Bischöfe nicht eintig sein, unter denen es sogar einige

abst, die der republikanischen Konstitution freundlich gesinnt sind. Jedenfalls scheinen die „wildsten Streiter“ unter den Kirchenpartei entschlossen zu sein, den Krummsab als Beweiser zum Wahlsieg zu wachen. Das verraten die Vorbereitungen, die jetzt schon einige von ihnen treffen.

Die Finanzlage Italiens.

Der Finanzminister unterbreitete der römischen Kammer ein Dokument über die Finanzlage. In diesem Dokument wird festgestellt, daß der Krieg in Lybien 257 Millionen Lire gekostet hat. Von diesen müssen 50 Millionen an die ottomanische Schuld bezahlt werden, 786 Millionen hat der Kriegsmilitär benötigt, 121 Millionen der Marineminister. Diese Ausgaben wurden durch die Herausgabe von Staatsanleihen im Betrage von 720 Millionen, sowie von den Mehreinnahmen der Einnahmen im Betrage von 289 Millionen gedeckt. Der Rest würde durch außerordentliche Kredite zu decken sein.

Sieg der Arbeiterpartei in Australien. Aus Australien liegen in London Meldungen vor, daß die Arbeiterpartei bei den letzten Wahlen trotz der größten Anstrengungen der Regierungspartei den Sieg davongetragen habe, da es ihr gelungen sei, die Mehrheit mit 10 Sitzen zu erringen. Wenn die Regierungspartei, und besonders der Gouverneur persönlich, nicht eine so große Agitationsstätigkeit entfaltet hätten, so wäre jetzt die gesamte Volksvertretung in den Händen der Arbeiterpartei.

Das fromme Spanien. Vor dem Kriegesgericht in Cadix stand der Oberst Labrador, der angeklagt war, vor Andacht, genannt die Messe vom Heiligen Geiste, zu welcher er befohlen war, nicht beizubehalten zu haben. Es wurden sechs Jahre Gefängnis gegen ihn beantragt. Seine Verteidiger plädierten auf Freisprechung. Das Urteil, das noch gestern abend gefällt worden sein soll, wird gehetm gehalten.

Wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. Der sozialistische Führer und Krankenkassenvorsteher Stephan Dablogg wurde vom Budapester Strafgericht wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, begangen in einem im „Nafjara“ erschienenen Artikel, der das Verhältnis Lafucks zum Monarchen besprach, zu sechs Monaten Staatsgefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt legte wegen zu geringen Strafmaßes Berufung ein.

Russische Spionage in Schweden. Die Spionageaffäre des russischen Obersten, Generalmajor Attaches von Stockholm, Ufanowitsch, der vor einiger Zeit zurückgerufen worden mußte, zieht immer weitere Kreise. Am Sonnabend fand, wie gemeldet wird, die Verhaftung von zwei unter seiner Leitung arbeitenden Espionen statt. Die Verhafteten erklärten alle, daß sie im Dienste des russischen Obersten gearbeitet haben. Der eine sagt, daß er bei dem russischen Obersten umfangreiche Pläne über die schwedischen Waffenslagerung gesehen habe. Auch soll ein Brief die Schuld des russischen Obersten klarzutage treten lassen.

Frauenbewegung.

Die katholischen Frauen gegen die Zentrumschriften.

Die Delpziger Volkszeitung schreibt: Womit du sündigst, damit wirst du bestraft! Dies können sich nun auch unsere Zentrumschriften sagen, die sich veranlaßt sehen, gegen die Organisation der katholischen Frauen Stellung zu nehmen. Lange Jahre hindurch haben sich Zentrum und Zentrumschriften hinter die Frauen gestellt und sie zu fanatisieren gesucht, wo bei den Männern nichts zu machen war. Nun hat das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften herausgefunden, daß das Blatt der katholischen Frauen die — Berliner Richtung und die Fachblätter verachtet. Davon ist das christliche Zentralblatt begreiflicherweise ganz und gar nicht erbaut. „Neuerdings“, so lesen wir in der Nummer 23 des Blattes, „machen sich unter der katholischen Frauenvwelt Bestrebungen geltend, die vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus zu den größten Bedenken Anlaß geben. Nicht durch Schuld der Arbeitervereine, sondern durch Schuld einer Organisation, die in ihrem ganzen Aufbau und in ihrer ganzen bisherigen Tätigkeit für die Arbeiterfrauen nicht berechnete ist, aber nimmer doch unter ihnen Woben zu gewinnen sucht. Das ist der katholische Frauenbund.“

Der katholische Frauenbund, so heißt es weiter, wolle, wie sich aus seinem Ansehen ungeheuer ergeben, so ungehörig das für die katholische Frauenvwelt sein, was für die Männerwelt der Volkverein für das katholische Deutschland sei. Aber da, wie der katholische Frauenbund gegenwärtig arbeite, kreuzten sich seine Wege mit denen der christlichen Gewerkschaften. Besonders sei, daß der Frauenbund in seinem ganzen Gebaren und in seinen Bestrebungen zur „Berliner“ Seite „direkt hinneige“. So findet sich in der Nr. 10 seiner Zeitschrift „Der katholische Frauenbund ein Bericht über die Versammlung des Verbandes der genannten Berliner Organisation, der in Inhalt und Ton auf eine Verhöhnung der Bestrebungen dieser Organisation hinausgehe. „Der Delegiertentag“, so heißt es, „nahm einen äußerst befriedigenden, in glänzender Verlauf... Referate“ usw. Diskussionen brachten in klarer Form die grundsätzliche Stellung des Verbandes zum Ausdruck.“

Davon ist das christliche Zentralblatt nun durchaus nicht befriedigt. „Das fehle nun gerade noch“, so erklärt es weiter, „daß die katholische Frauenvwelt, die bisher von dem schärfsten Gegensatz zwischen „Christlichen“ und „Berliner“ verschont blieb, auch noch in diesen Streit hineingezogen werde. Auch schon die eine Möglichkeit des sonderbaren Zustandes, daß sich schließlich die Frauen christlich organisierter Männer durch die Doktrine der Zeitschrift Frauenbund eine gewisse Neigung für die Berliner anlesen, ist gerade nicht erfreulich.“

Ja, diese Welt ist den „Christen“ eben zum Verbleien und Ausbleien eingerichtet. Die Bischöfe sind ja von den Zentrumschriften, dieser „gehörigen katholischen“, als Hüter der Glaubensregeln auch für die wirtschaftlichen Organisationen ausdrücklich anerkannt worden. Wenn es den christlichen Gewerkschaften nun auf dem Umwege über die Frauen an den Frauen gehen soll, so bleibt ihnen nichts übrig, als sich der „gehörigen katholischen“ Eigenschaften auch zu betonen zu bleiben. Was wollen die „Christen“ denn sonst machen? Ja, ja, womit du sündigst —

Briefkasten.

Schriftliche Anfragen und Antworten werden in der Redaktion der „Volkszeitung“ abgehandelt. Für erwachsene männliche Arbeiter schreibt die Gewerkschaft keine bestimmte Arbeitszeit vor; sie können also nicht verlangen, 10 Stunden beschäftigt zu werden. Das Gesetz sagt jedoch, ist ein fester Wochenlohn vereinbart, so muß er in jedem Falle gezahlt werden und der Arbeitgeber hat der Arbeitgeber für ausreichende Beschäftigung zu sorgen. Göttingen. Wir empfehlen, sich an die Königl. Universitäts-Klinik in Breslau zu wenden.

Breslauer Wochenblatt. Die Zeitungen, die hier regelmäßig erscheinen, sind: „Die Volkszeitung“, „Der Arbeiter“, „Der Kampf“, „Die Arbeiterstimme“, „Der Kampf“, „Die Arbeiterstimme“, „Der Kampf“, „Die Arbeiterstimme“.

Nussbaum-Biere
hervorragend

Trinkt
Nussbaum-Lager

Trinkt
Nussbaum hell

Trinkt
Nussbaum-Pilsner

Trinkt
Nussbaum-Reform

Stadt-Theater.

Montag 7 1/2 Uhr:
(Größte Preise)
„Der Freischütz.“
Dienstag, 7 1/2 Uhr:
(Größte Preise)
„Judas.“

Lobe-Theater.

Montag 7 1/2 Uhr:
„Die Jüdin von Toledo.“
Dienstag:
„Die heitere Besiden.“
Wittwe: Geschlossen.
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Die heitere Besiden.“
Abends 7 1/2 Uhr:
Zum 1. Male:
„Pygmalion.“
Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Professor Bernhardt.“
Abends 7 1/2 Uhr:
Zum 2. Male:
„Pygmalion.“
Sonabend, 7 1/2 Uhr:
„Die Jüdin von Toledo.“

Thalia-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr:
Gumboldt-Verein.
6. Abonnements-Vorstellung:
„Der Diener zweier Herren“
„Der zerbrochene Krug.“
Dienstag:
Gruppe E. 4. Vorstellung:
„Die spanische Fliege.“
Wittwe: Geschlossen.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Der Probekandidat.“
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Der müde Theodor.“
Sonabend, Gruppe E. 4. Vorstellung:
„Die spanische Fliege.“

**Schauspielhaus
(Operettenbühne.)**

Montag, 8 Uhr:
Zum 40. Male:
„Die Singschönheit.“
Dienstag, abends 8 Uhr:
„Die Singschönheit.“
Wittwe: Geschlossen.
Donnerstag nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Filmsauber.“
Abends 8 Uhr:
Zum 1. Male:
„Die ideale Gattin.“
Extrite von Fr. Lehár.
Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Das Farmermädchen.“
Abends 8 Uhr:
„Die ideale Gattin.“
Sonabend nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Der lachende Ehemann.“
Abends 8 Uhr:
„Die Singschönheit.“

Lieblch's Etablissement

Montag, den 22. Dez., abends 8 Uhr
Vorletztes Gastspiel
Adorée Villany
der bekanntesten Reformtänzerin
d. neu-kürzte brill.
Ausgaben. Dezember-Programm

Palmengarten

Neu!
6 Favorits 6
Damen-Orchester:
Elite-Damen-Blasorchester
(18 Personen.)

Gelegenheitsläufe

in Vorstößen und Wägen zu freibilligen
Preisen. Hauptplatz 9, Säulenhau
haus I. 11881

Viktorla-Theater.

„Puppchen.“
Anf. Wochentg. 8, Sonntag 7 1/2
Jeden Sonntag 3 1/2 Uhr:
Nachm.-Familien-Vorstellung.
Halbe Preise. 11928

Sprechapparate

u. doppel. Schallplatten staunend billig
Gräbschenerstr. 37.
Tel. zahlung gestattet.

Rich. Standfuss

Werkzeugfabrik 11428
Albrechtstr. 44/45.
Hobelbänke, Werkzeugkasten,
Laubfächer etc.
billig in jeder Preislage.

Teppiche, Uhren, gute Betten

und Federn sehr billig
Leihhaus Braudenbergerstr. 2A. 110627

Unser Geheimnis!

Recht! Gut! Billig!
Ulster, Anzüge nur 12 Mk.
Nach Mass wandelbar 18 Mk.
Anzugsfabrik Wallstr. 17a I.

Weihnachtsgeschenke

in Uhren, Gold- und Silberwaren tau-
man erwirbt und gut [11661]
Gräbschener Str. 37.

Ein großer Posten

**Pelz-Boas, Schals
und Muffen**
in allen Pelzarten und Preislagen
moderne Fasson.
prima Kürschnerarbeit zu
staunend billigen Preisen
Schweidnitzerstr. 37, II.
Selten auf's Neue Kaufgelegenheit.

**Gut
und billig
kauft man
ein**

**Gardinen
Stores
bei**

Julius Fein
früher Jakobstr. bei
Rosenstock

**vis
vis
Kissling
Junkernstr.
14
I. Etage**



Freie Turnerschaft Breslau.

Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.
Freitag, d. 26. Dezember (2. Weihnachtsfeierstag)

Gr. Weihnachts-Soiree

in den Sälen des
Breslauer Gewerkschaftshauses.
Musikalische und turnerische Aufführungen.

Ball

Einlaß 8 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Die Musik wird ausgeführt von Mitgliedern des Breslauer
Konzertorchesters.
Programm 35 Pfg. inkl. Eintrittsteuer.
Das Komitee.

Erfinder

Es werden darauf gute Ideen gesucht
„Erfinder-Aufgaben“ gratis, Aus-
arbeitungen, sowie Patentvermittlungen un-
ter Garantie freier Abtretung durch
**Patent-Anwalt Silents, Breslau, De-
mmlanchplatz 1a. Gebr. 1902. [8625]**

Pa. icube Weihnachtsgeschenke
Gehr. gute Möbel i. Kuckbaum, Mahagoni
u. Eiche, 50 Sofas i. schön. Park u. Park.
Diverse Stühlenmöbel zu verkaufen z. vel.
billig. Preisen. Friedrichstr. 53a. [11902]

Zigarren — Zigaretten.

Bringe mein Geschäft in empfehlende
Einnahme. 11937

Huen- Ecke Suddestr.

Gebr. Hobelbänke

jeden Posten Elfenbein-
kautz. ganze Werkstätten
Wahler, Friedrichstr. 53a. 11901
2 Hosen-Paleten, mod. Farben, sehr
billig zu verkaufen z. Schacher, Neff-
gasse 34. I. [11895]

Juwelen, Uhren, Gold- und Silberwaren

Spezialität:
Trauringe
eigener Fabrikation, zu hervorragend billigen Preisen.

Neuarbeiten • Umarbeitungen • Reparaturen
In eigener Werkstatt, gute und preiswerte Ausführung. 11810

Edelsteine, Gold und Silber nehme zu höchsten Preisen in Zahlung.

Carl Schubert

Inhaber: Hermann Ullrich, Juwelier u. Goldschmied
Telephon 10988 **27 Klosterstrasse 27** Telephon 10988
Haltestelle der Städtischen Strassenbahn.

Moderne Sprechapparate

mit und ohne Trichter
in allen Preislagen, von 12 Mk. an.

Grammophon- und Zonophon-Platten
In jeder Preislage, von 1,25 Mk. an

Die neuesten Schlager!
Reise um die Erde in 40 Tagen :: Hochherrschastliche
Wohnungen :: Farmermädchen :: Tangoprinzessin
Wie einst im Mai :: Tango :: One-Step

Ferner unterhalte bestsortiertes Lager in 11474
Kaliope-, Beka-, Favorite-, Parlophon-Platten
Gelegenheitskauf! Ein großer Posten doppelseitige Platten verkaufe, um baldigst
damit zu räumen a 75 Pfg.

Bernh. Wedler, Gartenstrasse 89
Fabrik Kl.-Tschansch. 1 Minute v. Hauptbahnhof.
Achten Sie genau a. Nr. 89.

PAUL KAISER

Klosterstrasse 68
Gegenüber der Lützowstr.



Schlesische Zonophon-Centrale
G. m. b. H.
**Blücherplatz 20, Ecke Ring,
Gartenstrasse 89.**

Herren- u. Damen-
Stiefel u.
Halbschuhe

Das Neueste in
Form
Das Beste im
Sitz
Vorzüglich
im Tragen

„Propago“ gesetzl.
geschützt

**Schuh-Sport
B. Flaum**

Einheitspreis
6 75

Versand
nach auswärts
unter Nachnahme

Umtausch auch nach dem Fest gem. gestattet.

Breslau
Stämle-Haus
2

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. Dezember.

Volksvorstellungen an den Weihnachtstagen.

Wer an einem der beiden Weihnachtstage einer Volksvorstellung im Thalia-Theater beizuhören will, kann noch Willets im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 86, in Empfang nehmen. Es sind noch Willets für alle Plätze vorhanden, doch wird das Sekretariat am Mittwoch feierlich geschlossen. Zur Aufführung kommt am 1. Feiertag „So'n Windhund“, am 2. Feiertag Schmitzlers „Die Beile“.

Märchenabende.

Willets zum Eintritt in die Märchenvorlesungen im Gewerkschaftshaus sind an derselben Stelle wie die Theaterwillets, Maxaarensstr. 17, Zimmer 87, zu haben. Die Märchen werden durch Lichtbilder auch bildlich vorgeführt, die Vorstellungen finden Montag, den 29. und Dienstag, den 30. Dezember, in der Weise statt, daß um 8 Uhr für kleinere Kinder (bis zu 9 Jahren), um 9 Uhr für größere Kinder (über 9 Jahre) gelten wird, doch findet eine strenge Trennung natürlich nicht statt, um Geschwister den gemeinsamen Besuch zu ermöglichen. Alle Kinderbillets kosten 5 Pfg., doch sind auch einige Karten für Erwachsene zum Preise von 15 Pfg. zu haben.

Arbeiter-Zentral-Bibliothek.

Im ersten Vierteljahr ihres Bestehens hat die Arbeiter-Zentral-Bibliothek eine recht erfreuliche Benutzung zu verzeichnen. Es liehen sich in der Zeit vom 15. September bis 15. Dezember 170 Erwachsene und 110 Kinder als Leser verzeichnen. Während dieser Zeit wurden 4183 Bücher ausgeliehen. Von diesen gehörten 2409 oder 57% zur Unterhaltungsliteratur und 1783 Bände zur belehrenden Literatur. Viel verlangt wurden naturwissenschaftliche Bücher im Anschluß an den Kursus des Genoss. Dr. Druker. Auch die Jahrhundertfeier mit ihren geschichtlichen Erinnerungen brachte eine große Nachfrage nach Büchern über die Zeit vor hundert Jahren. Das Verlangen nach diesen Werken war oft so stark, daß nicht alle Wünsche sofort befriedigt werden konnten. Aus diesem Grunde wurden in der letzten Zeit wieder eine große Anzahl neuer Bücher aus allen Wissensgebieten angeschafft. Auch die Abteilung für unsere Kinder ist bedeutend vergrößert worden.

Die Bibliothek befindet sich im dritten Stock des Gewerkschaftshauses. Sie ist geöffnet vormittags von 9 bis 12 Uhr, abends von 6 bis 8 Uhr, Dienstag abend von 6 bis 9 Uhr. Während der Feiertage und am Neujahrstage bleibt die Bibliothek geschlossen; dafür werden aber Mittwoch, den 24. und 31. Dezember Bücher von 9 bis 12 und 3 bis 6 Uhr ausgeliehen.

Große Krankenkassen

Das Ziel aller Kreise, denen das Wohl der versicherten Arbeiter und Angestellten wirklich am Herzen liegt. Es ist klar, daß Kassen mit zehn- und hunderttausenden von Mitgliedern mehr leisten und ihrer Aufgabe besser nachkommen können, als kleine Kassen und Kästchen, die von der Hand in den Mund leben und über größere Mittel nicht verfügen. Gewissen Leuten sind aber die großen Krankenkassen ein Dorn im Auge.

Die Berliner Handelskammer hat an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe und an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern eine Eingabe gerichtet, in der das Krankenkassenwesen nach seiner neuen Gestaltung durch die Reichsversicherungsordnung als eine Gefahr für Handel und Gewerbe bezeichnet wird. Die allgemeinen Ortskrankenkassen würden sich nunmehr in den Großstädten zu Körperschaften ausdehnen, die gegenüber allen Berufsständen eine übermächtige Stellung einnehmen, deren Aufgabe die Versorgung und Heilung von Kranken ist. Die Lieferanten von Erzeugnissen der Chirurgie-Mechanik und Optik und der Krankenpflege-Artikel fühlen sich bedroht, weil sie mit der Möglichkeit rechnen, daß die Kassen zur Selbstlieferung und Herstellung der bisher von den Gewerbetreibenden bezogenen Waren übergehen werden. Es gewinnt der Plan an Wahrscheinlichkeit, daß die Ortskassen z. B. in Berlin kleine Fabriken übernehmen, bis bisher im Besitze einzelner Kassen waren. Einer Aufnahme der Fabrikation durch die Krankenkassen im großen Maßstab würden aber Bedenken sowohl im Interesse der Versicherten (?) wie in dem der Gewerbetreibenden entgegenstehen. Die Eingabe schließt mit der Bitte an den Minister und an den Staatssekretär, dafür zu sorgen, daß in den Statuten der Krankenkassen die Frage der Selbstherstellung und des Eigenverkaufs geregelt wird, daß dadurch die bisherigen Lieferanten der erwähnten Waren geschützt werden.

Wir sind der Ansicht, daß eine Fabrikation durch die Krankenkassen ganz besonders im Nutzen der Versicherten liegen würde, also das Bestreben der Krankenkassen, ihren Bedarf an Heilmitteln durch eigene Betriebe zu decken, nicht durch enggezielte Maßnahmen unterbunden, sondern gefördert werden müßte. Die Kassen sind doch verpflichtet, mit den Geldern der Versicherten sparsam umzugehen, ganz besonders nach den Mehrforderungen der Ärzte. Manche Unternehmer haben dafür allerdings keinen Sinn; das beweist am besten die Eingabe der Handelskammer.

Zum Kampf der Ärzte.

Von einem Arzte wird uns geschrieben:

Wenn ein approbierter Arzt nach mehr oder minder langer Zeit die Lust verspürt, sich niederzulassen, so bleiben ihm verschiedene Wege offen, sich eine Praxis zu gründen: entweder er übernimmt von einem verstorbenen, oder aus irgend einem Grunde die Praxis niederlegenden

Kollegen ein Haus (natürlich zu möglichst hohem Preis, damit die arme Witwe oder der Kollege keinen Schaden erleidet), oder das Instrumentarium und die Wohnung, und wenn möglich auch die mehr oder weniger zahlreichen Patienten. Am liebsten ist es ihm dann, wenn er eine feste, bestimmte Kassenpraxis mitübernehmen kann, da diese Einnahmen immer die sichersten sind. (Wer hätte nicht von den allzu reichlichen Ausfällen der Ärzte gehört?) Oder er läßt sich, wenn es seine Mittel erlauben, auf gut Glück in einer Stadt nieder. Ist an diesem Orte die freie Arztwahl allgemein eingeführt, so hat er gute Aussichten, sich nach einiger Zeit eine Praxis zu verschaffen, anderenfalls muß er eventuell so lange warten, bis ihm ein glückliches Geschick bzw. gute Beziehungen eine freie werdende Krankenkassen- oder Bezirks- (Distrikts-) Arzt-Stelle in den Schoß legt. Ehe er von seinen Kollegen zum Beispiel in den Verein Berliner Kassenärzte (Typus der beschränkten freien Arztwahl) aufgenommen wird, kann er alt und grau werden.

Was bezweckt nun der Leipziger Ärzteverband resp. die Ärzte-Organisation? Sie haben den löblichen Vorsatz, allgemein im Deutschen Reich die freie Arztwahl einzuführen, sodaß es jedem Arzt nach vollendeter Ausbildung möglich ist, tätig zu sein, und nicht bloß zuzuschauen, wie andere Kollegen ihre Arbeit kaum schaffen können. Doch ist meines Erachtens der bisher eingeschlagene Weg nicht der richtige, er reizt zum Widerspruch. Schon die Mittel, deren sich der Leipziger Ärzteverband bedient, um seinen Zweck zu erreichen, sind nicht einwandfrei. Ich möchte nur hinweisen auf den Zwang, durch den die Ärzte bei Inanspruchnahme der Stellenvermittlung des Leipziger Verbandes, die das ganze Deutsche Reich, ja auch die Schiffarzstellen umfaßt, genötigt werden, ihr Ehrenwort dahin abzugeben, keine vom Verbande gesperrte Krankenkassen-Arztstelle anzunehmen. Ferner will der Verband die freie Arztwahl nur den Orts- und Betriebskrankenkassen zubilligen, während die staatlichen Krankenkassen, besonders die Eisenbahn-Krankenkassen, und die Behandlung der Ortsarmen, die Schularzstellen, die Impfarzstellen etc. ruhig in den Händen einzelner Ärzte bleiben sollen. Warum diese offensibare Begünstigung einzelner Ärzte auf die Tätigkeit bei den Kassen, die freie Arztwahl haben, verzichtet würden, dann könnte man von Gerechtigkeit sprechen. Daran kann es dem einzelnen Arzt auch garnicht verhandelt werden, wenn er sucht, eine feste Anstellung zu bekommen, wogegen sie noch so gering dotiert sein. Ob diese Anstellung nun von einer königlichen Eisenbahndirektion, einem Magistrat, oder dem Vorstand einer Krankenkasse vergeben wird, kann dem Betreffenden ziemlich gleichgültig sein. Von den Vorständen der Krankenkassen wird er auch wohl darin nur seine Entlassung erhalten, wenn er seine ärztlichen Pflichten nicht getreulich erfüllt.

Daher ist meines Erachtens sowohl für die Ärzte, wie für die Krankenkassen, namentlich bei dem Widerstande der letzteren gegen die allgemeine freie Arztwahl, das Bezirksarztsystem das einzig Annehmbare, bei dem einem jeden Arzt, der Krankenkassenpatienten überhaupt behandeln will, ein bestimmter Bezirk gegen eine bestimmte Entschädigung zugewiesen wird; er wird dann sicher keine Polypragmatie betreiben, sodaß schon hierdurch eine Schädigung der staatlichen Einrichtung vermieden wird. Die Bezirksarztsstellen dürften dann nur noch als Vorstufe der Verstaatlichung der Ärzte anzusehen sein, was im Interesse der leidenden Menschheit nur zu wünschen wäre.

Das zweite Hafenbeden.

Die Breslauer Handelskammer hat am Sonnabend einstimmig beschlossen: „den Magistrat zu ersuchen, daß er unter allen Umständen auf eine Vergrößerung und Verbesserung des Breslauer Hafens hinwirke, ihm auch in einer Eingabe die Gründe darzulegen, aus denen heraus die Kammer eine möglichst große Beschleunigung der Erweiterungsarbeiten für notwendig hält.“ Es handelt sich hauptsächlich um den Bau eines zweiten Hafenbedens, wofür die Mittel im städtischen Anleihe-Ausfisch abgesehen worden sind. Es kam darüber in der Handelskammer zu einer lebhaften Auseinandersetzung.

Der Berichterstatter, Handelsrichter Mendelssohn, erklärte, der Verkehr im städtischen Hafen sei von Jahr zu Jahr mächtig gewachsen, und jetzt müsse unbedingt der Bau eines zweiten Hafenbedens gefordert werden. Der Magistrat könne die traurigen Zustände am Hafen und wolle auch für Abhilfe sorgen, ein zweites Hafenbeden bauen und einen neuen Kanalarbau anlegen. In den nächsten Jahren werde die Durchschiffung durch die Kanalisierung der oberen Oder und die Regulierungsarbeiten, durch den Bau des Berliner Hafens und die Vollendung des Stettiner Großschiffahrtsweges einen neuen Aufschwung erfahren, und da müsse man sich sehr hüten, wenn der Breslauer Hafen allen den neuen Anforderungen, die an ihn gestellt würden, nicht allzu spät gerecht werden wolle. Auch wenn man schleunigst an die Arbeit ginge, würden drei bis fünf Jahre vergehen, ehe die Arbeit fertig sei. Nun aber habe die besondere Kommission, der Stadtvorordnete, die über diese Sache beraten soll, einen ablehnenden Beschluß gefaßt. Das sei ganz unverständlich, denn der Hafen bederbe für die Stadt einen großen Teil ihrer Lebenskraft.

Kaufmann und Stadtvorordener Dettlinger, der auch Mitglied des städtischen Anleihe-Ausfisches ist, meinte gegenüber dem Berichterstatter, der Anleihe-Ausfisch habe sich durchaus nicht ablehnend verhalten. Die Streichung der 2 1/2 Millionen Mark für ein zweites Hafenbeden sei nur deshalb vorge schlagen worden, weil sich augenblicklich kein Anleihe-Ausfisch der Sache gewinnem lasse. Die erst der Ausfisch die Angelegenheit nehme, sei wohl am besten dadurch gezeigt worden, daß er 100.000 Mark für die Vorbereitungen bewilligt habe. Es sei gar nicht nötig, den Betrag für das zweite Hafenbeden in die Städtegemillionenanzahl einzuschlagen; die Stadt könne jederzeit das nötige Geld rufen lassen.

Nach Herrn Dettlinger sprach Handelsrichter und Stadtvorordener Ruß, der ebenfalls dem städtischen Anleihe-

Ausfisch angehört. In längerer Rede betonte Herr Ruß, die Notwendigkeit gebiete, den Hafen schnell auszubauen. Das die Konkurrenz durch andere Häfen betrefte, so müsse das für Breslau nur ein Ansporn sein, möglichst rasch vorzugehen. Dr. Ruß habe sehr recht gehabt, als er einst erklärte: es wäre ein unüberlegter Gedanke, zuzusehen und abzuwarten, wie andere es machen. Wenn wir den Verkehr von Breslau abdrängen wollten, brauchen wir jetzt nur zu zögern. Noch nie habe der Staat die Absicht kundgegeben, in Breslau einen Umschlagshafen zu bauen; er würde es aber tun müssen, wenn Breslau seiner Verpflichtung nicht nachkäme. Der Handel und die Industrie können ihre Steuerkraft nur bewahren, wenn ihnen dazu die Möglichkeit geboten werde.

Nach weiteren Reden ist dann der oben erwähnte Beschluß gefaßt worden, dem wir auch nur zustimmen können. Was für den Ausbau des städtischen Hafens geschieht, muß um so mehr von allgemeinem Nutzen sein, je schneller die Stadt zu Werke geht.

* **Ausfischwahl der Tapezierer.** Für die Ortskrankenkasse der Tapezierer ist die Ausfischwahl auf Montag, den 2. Februar 1914 angesetzt worden. Gewählt wird im Restaurant Derrersstraße 19; Wahlzeit für die Arbeitgeber nachmittags von 3 bis 5 Uhr, für die Kassennmitglieder abends von 6 bis 9 Uhr.

* **An- und Abmelde-Formulare der Allgemeinen Ortskrankenkasse.** Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Breslau schreibt uns:

Es ist vielfach in der Presse und im Publikum darüber Klage geäußert worden, daß die An- und Abmeldeformulare nur in unserer Geschäftsstelle ausgegeben werden. Wir erkennen an, daß diese und vielleicht noch andere Klagen berechtigt sind; wir aber weiß, wie die Krankenkassen jetzt auf einmal alles schaffen sollen, wie die Kassen auf beschwerliche Entscheidungen oft von Tag zu Tag warten und wie oft in letzter Stunde dieses und jenes noch geändert werden muß, der wird es erklärlich finden, daß manche Unbequemlichkeit für das Publikum nicht immer zu vermeiden ist. — Wir bitten, dieses zu berücksichtigen; wir werden nach Möglichkeit gern die berechtigten Wünsche der an unserer Kasse Beteiligten erfüllen. Eine Ausgabe der Formulare aber herbeizuführen durch die Steuerabteilung, Polizeibureau, Konsumbureau usw. ist doch etwas schwieriger, als mancher denkt. Wir haben jedoch ein Abkommen getroffen, daß von jetzt an die An- und Abmeldeformulare für die im Haushalt beschäftigten Personen außer in unserer Geschäftsstelle in sämtlichen Papier- und Schreibwarenhandlungen in Breslau erhältlich sind. Der Preis beträgt sowohl in den genannten Geschäften, wie auch in unserer Geschäftsstelle 10 Pfg. für 10 Stück oder ein Formular für 1 Pfg. Jedes Formular darf nur für eine Person benutzt werden, und es dürfen auf den Formularen, die in den Papiergeschäften gekauft werden, nur Personen an- und abgemeldet werden, die im Haushalt beschäftigt sind. Für die übrigen Arten der an unserer Krankenkasse an- oder abzumeldenden Personen, (z. B. Baugewerbe, Unständige, Wandergewerbe usw.) sind bis zum 31. Dezember die Formulare nur in unserer Geschäftsstelle, Neumarkt 13, zu haben. Vom 2. Januar 1914 an werden sämtliche Kassenangelegenheiten im neuen Geschäftsgebäude, Lessingstraße 21/23, erledigt.

* **Kaufmännische Fortbildungsschule für Mädchen.** Der Magistrat macht im Gemeindeblatt folgendes bekannt: Die Geschäftsinhaber werden nochmals auf die Verpflichtung hingewiesen, daß sie nach dem Ortsstatute vom 26. März/20. April 1913, ihre nach dem 30. September 1908 geborenen Handlungsgehilfen und Lehrlinge binnen 6 Tagen, nachdem sie angenommen haben, zur Fortbildungsschule anzumelden haben. Anmeldungen werden in den Werktagen von 8 bis 11 Uhr vormittags im Schulhaus Tschirackstraße 22 entgegenzunehmen. Arbeitgeber, die dieser Vorschrift entgegenhandeln, werden nach § 150 Nr. 4 der Gewerbeordnung mit Geldstrafe bis 20 Mk. oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

* **Kaffee-Ausfischstelle.** Die Gruppe des Breslauer Armenpflegerinnen-Vereins zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs eröffnete kürzlich wieder eine neue Kaffee-Ausfischstelle bei Bethanien, Klosterstraße Nr. 122. Sorgfältig und frisch zubereiteter Kaffee oder Schokolade kostet 5 Pfennige, ebenso alkoholfreier Punsch und Milch, eine Tasse Bouillan mit Brötchen 10 Pfennige; es sind auch verchiedene kleine Imbisse zu haben. Die Gruppe, die den guten Zweck verfolgt, den übermäßigen Alkoholenuss einzuschränken, hat solche Kaffee-Ausfischstellen bereits in den städtischen Warmhallen am Neumarkt, Wachtplatz und Trebnitzerplatz errichtet, ferner im Neubau der Oberpost-Direktion und im städtischen Hafen, und im Gerichtsgebäude am Stadigraben bereits den zweiten Erfrischungsräum.

* **Das Breslauer Gattenschwimmbad** ist Mittwoch, den 24. Dezember, und Mittwoch, den 31. Dezember, bis 4 Uhr nachmittags geöffnet. Kassenabschluss 3 Uhr. Am ersten Weihnachtstage und am Neujahrstage bleibt die Anstalt geschlossen, am zweiten Weihnachtstage wie an den Sonntagen von 1 Uhr an.

* **Gesundheitsbericht.** In der Woche vom 7 bis 13. Dezember sind nach einer Zusammenstellung des städtischen Amtes in Breslau 49 Ehen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 298 Kinder geboren; davon waren 224 männlich, 74 weiblich, 290 lebendgeboren (155 m., 135 w.), 8 todtgeboren (3 m., 5 w.). Mit den 7 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 178 Sterbefälle (81 m., 97 w., darunter 20 Ortsfremde) in der Berichtswoche gezählt worden. Von den Gestorbenen waren 32 unter 1 Jahr alt (20 ehelich und 12 unehelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Scharlach 1, Diphtherie 3, Keuchhusten 1, Tuberkulose 25, Krankheiten der Atmungsorgane 83, Magen- und Darmkatarrh, Durchfall 4, Selbstmord 2 und alle übrigen Todesursachen 108. An übertragbaren Krankheiten wurden polizeilich gemeldet: Diphtherie 40, Scharlach 6, ägyptische Augentranke 2, Wochenbettfieber, Unterleibstypus 2. In den hiesigen Krankenhäusern betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 3285; es kamen hinzu 854, es starben 47, es gingen ab 833, so daß am Ende der Woche 3257 verblieben.

* **Die Breslauer Madrennen 1914** wurden in der letzten Vorstandssitzung des Vereins für Madrennen in Breslau wie folgt festgesetzt: 19. April, 10. Mai, 14. Juni, 12. Juli, 16. August (Goldpokal), 6. September und 4. Oktober. Ausgeschlossen ist es indessen nicht, daß ein oder der andere Termin noch eine Veränderung erfährt. Gewisslich ist, daß auch für nächstes Jahr die Veranstaltung von lieben großen Rennen, wie schon im Vorjahre, beibehalten wurden.

* **Goldener Sonntag.** Am gestrigen Sonntag vor Weihnachten herrschte in den Straßen ein sehr starker Verkehr; viel Laufende waren auf den Beinen. In manchen Stellen gab es ein gefährliches Drängen und Stößen, manchmal ging es garnicht vorwärts. Die meisten Geschäfte hatten wohl ihren Centesimtag. In den Warenhäusern war der Andrang überaus stark; auch von außerhalb waren zahlreiche Käufer gekommen. Auf dem Rindmarkt wurde ebenfalls reger Verkauf beobachtet auf den Ohrschmalzplätzen.

* **Zwangsweise veräußert** werden beinahe vom hiesigen Amtsgericht folgende Grundstücke: Glogauerstraße 27 (2. Stock, Fläche 104/106), Doppelstraße 13 am 2. Februar, Fichtelstraße am 3. Februar, Fichtelstraße 29 am 3. Februar, Kallersstraße 24/26 am 7. Februar, Werberstraße 29 am 8. Februar, Rabenstraße 4 am 10. Februar, Breslau-Moravian 2/4 am 16. Februar.

Größeren Schutz für Arbeitswillige!

Diesen Ruf, mit welchem heute die Schatzmacher die Staatsregierung beflamen, müssen auch wir Arbeiter erheben. Wie notwendig die Forderung ist, können wir zwar alle Tage beobachten, aber ein besonders krasser Fall, von sträflichem Verzicht eines Unternehmers am vorigen Sonntagabend gibt uns von neuem Veranlassung dazu. In der Mitte der Stadt, Ecke Ring und Schweiburgerstraße wird das Eckhaus abgebrochen. Die Abbrucharbeiten werden von dem Abbruchunternehmer Franz aus Karlsruhe ausgeführt. Dieser hat vorher auch schon das Nachbarhaus abgebrochen und auf diesem Grundstück wird zur Zeit von Herrn Maurermeister Weber ein Neubau aufgeführt. Es arbeiten also hier Schöpfer und Zerstörer friedlich nebeneinander. Am Sonntagabend den 19. Dezember vormittag 10 1/2 Uhr ereignet sich jedoch diese friedliche Stimmung einen argen Stoß. Zu dieser Zeit warfen die Abbrucharbeiter eine 260 Meter lange Eisenbahnstange aus der dritten Etage in dem vorher freigelegten Treppenhause herab. Im 1. Stock blieb die Stange mit dem vorderen Ende an einen noch vorhandenen Podestträger und schoß infolge dieser Ablenkung in schräger Richtung durch den Parterreraum und den Eingang zur Kellertreppe bis an eine etwa 9 Meter von der Urwurfsstelle entfernte Mauer, in die sie sich einbohrte. Rechts und links am Eingang zur Kellertreppe waren zwei Maurer beschäftigt, von denen die Schiene den einen, Robert Sipka, Sedanstraße 25 wohnhaft, seitlich gestreift und an die Stirnwand gedrückt hat. Sein Kollege kam mit dem bloßen Schreden davon. Der Verunglückte erlitt sehr schwere Brust- und Rückenverletzungen und innere Verletzungen. Er wurde zunächst nach der Unfallstation in der Karlsruferstraße, von wo sein Transport nach dem Wenzel-Gandelschen Krankenhaus erfolgte. Sofort nach dem Unfall wurden die Abbrucharbeiten von dem Baugeschäft Weber inhihiert.

Soweit die nachfolgende Tatfrage, die sich nur an viele ähnliche reiht. Jetzt fragen wir aber öffentlich und verlangen Antwort: Wie ist es nur möglich, daß solcher Unfug als dauernder Zustand besteht? Schon oft, auch am Tage vor dem Unfall hat der Maurermeister Matz die den Unternehmer Franz und seinen Vorarbeiter zu größerer Vorsicht gemahnt und dabei bemerkt, daß er mit seinen Leuten die Arbeit einstellen muß, wenn die wilde Witzschaff beim Abbruch so weiter geht. Nichts hat genützt, erst mußte ein Mensch mit dem Verlust seiner geliebten Glieder, vielleicht auch seines Lebens beweisen, daß diese Mahnung berechtigt ist. Nun wird man vielleicht sagen, der Unternehmer oder Vorarbeiter kann doch nicht bei jedem Arbeiter stehen und ihm sagen, was und wie er es zu machen hat. Das ist richtig; das hält man aber überhaupt nicht für notwendig. Die Hauptsache ist, die Arbeit wird recht schnell fertig, wie sie gemacht wird, ist Nebensache. Es gibt Polizei bei Abbruchfirmen, welche die Arbeiter überhaupt nicht als Menschen einschätzen. Der roheste Diebstahlschurke, den seine Pferde einmal sitzen lassen, gebraucht gegen diese auch nicht gemeinere Ausbrüche. Dies für heute. Hinsichtlich der Bestimmungen der Arbeiterfürsorge auf Bauten ein anderes mal. Die Bauarbeiter-Schutz-Kommission.

Ueber die Oberschiffahrt

vom 14.—20. Dezember schreibt der hiesige Schiffsahrts-Verein: Die Witterungs- und Wasserstandsverhältnisse haben sich in der letzten Woche nicht nennenswert geändert; der Verkehr trägt aber trotzdem das Gepräge der vorgerückten Jahreszeit. Zwar werden Reisengüter, wie Zucker und Kohle, ab hier immer noch verhältnismäßig lebhaft angeboten, aber das laufende Gütergeschäft hat fast gänzlich aufgehört, teils weil die Ablader Bedenken tragen, die Güter mit Rücksicht auf plötzliche Frostgefahr dem Wasserwege anzuvertrauen, teils weil — rücksichtlich des Verkehrs nach Berlin und nach der Elbe — der Schluß der Schiffsahrt durch die am 1. Januar eintretende und bis 28. Februar dauernde behördliche Sperre des Oder-Spree-Kanals bedingt wird. Auf der Strecke oberhalb hier werden, wie bereits berichtet, am 22. Dezember die Wehre niedergelegt; der Verkehr auf dieser Strecke hört damit für das laufende Jahr definitiv auf. Die letzten Rähne zu Tal sind unterwegs. Die letzten Bergzüge sind am 18. Dezember in Cosel angelangt, die noch auf der Strecke befindlichen Bergzüge wurden wegen Ueberfüllung des Coseler Hafens behördlicherseits unterwegs aufgehalten. Sobald die im Coseler Hafen noch vorhandenen Rähne entladen sind, gilt auch der Hafensbetrieb in Cosel für geschlossen. Güter, die keines Kranes bedürfen, können aber auch über Winter in Cosel eingeladen werden. Die Frachtlage blieb unverändert. Der Schiffsverkehr im Oder-Spree-Kanal in der Richtung nach dem Kanal hat gegen Ende der vorigen Woche nachgelassen, dagegen besteht in der Richtung vom Kanal nach der Oder noch ein Rang von zehn 1/2 Tagen. Der Bergverkehr ab Stettin hat wesentlich nachgelassen, beruhen ab Hamburg ist wegen der Sperrung des Oder-Spree-Kanals eingestellt. Hier in Breslau, sowohl als auch in Cosel wird bereits zur Ueberwinterung eingeladen.

Weihnachtsverkehr bei der Post. Die Ausgabe der gewöhnlichen Pakete an die Abholer beim Paketpostamt geschieht, wie alljährlich, in der Zeit bis zum 25. Dezember in der Zustellungsveranstaltung. (Eingang durch die Einfahrt vom Dominikanerplatz); nur die Kruppensteile, die Behörden und einige besonders benachteiligte größere Firmen holen auch in diesen Tagen an der sonst benutzten Ausgabeecke an der Weiden Gieße ab. Die Bestellung der Pakete mit und ohne Wertangabe erfolgt in der Weihnachtszeit zweimal täglich. Für den

ersten und zweiten Feiertag ist nur eine einmalige Bestellung vorgesehen. Die Gebührensstellung wird am ersten Feiertag einmal vormittags vorgenommen, am 21. und 28. Dezember ruht sie. Die vollständige Abfertigung der Auslandspakete beim Postamt Post (Breitestraße 2) wird am 22. und 23. Dezember in den Stunden von 8 bis 1 und von 3 bis 7, am 21. und 24. von 8 bis 1 und 3 bis 6, am 25. von 8 bis 1 Uhr erfolgen. Das Auslands-Fleischbeschauamt am Freiburger Bahnhof (Wintergruppen 1) wird am 24. außerordentlich auch nachmittags von 8 1/2 bis 5 Uhr Fleischpakete abfertigen.

Weihnachts-Einbeziehung für Buchdrucker-Waisen. Einer alten lobenswerten Einrichtung folgend, hatte der Buchdrucker-Vereinsverein „Gutenberg“ auch in diesem Jahre für die Kinder verstorbenen oder invalider Berufscollegen eine Weihnachts-Einbeziehung übernommen. Die Mittel hierzu werden durch freiwillige Sammlungen bei Arbeitnehmern wie Arbeitgebern aufgebracht. In diesem Jahre konnte 58 schulpflichtigen Kindern, darunter 5 Konfirmanden, der Weihnachtsfeier gedeckt werden. Auf einer langen Tafel lagen nur nützliche Geschenke. Jedes Kind erhielt z. B. ein Paar Schuhe, die Knaben Ärmel und die Mädchen Stoff zum Kleide. Daneben schloß der übliche Weihnachtsstriezel und Wespel und Mütze nicht. Im ganzen wurden für die Geschenke der 58 Kinder rund 1800 Mark aufgewendet. Eingeleitet wurde die Feier, die im großen Saale des Konzerthauses stattfand, mit einem Männerchor des Vereins „Gutenberg“, dem ein Solo des Herrn Weda folgte. In einer Aussprache wies Herr Schmidt auf die gemeinsame Solidarität hin, die es hier ermöglicht, den verlassenen Kindern der Berufscollegen eine Weihnachtsfeier zu bereiten. Der Feier entsprechende Männer-, Frauen- und Mischgesungen Klüberchöre verhönten das wohlgeungene Fest. Alle Mitwirkenden, die sich selbstlos in den Dienst der guten Sache stellten, ernteten für ihre Darbietungen lebhaften Beifall. Die Feier endete mit der Verlesung der beiden großen Weihnachtsbäume, die während der Feier im Glanze zahlloser Kerzen strahlten.

Die Diensträume des Jahrs- und Gewerbebezirks befinden sich jetzt im Hofe des Hauses Ring 4, Herrenstraße 7.

Schwerer Unfall. Auf dem Ring ist bei einem Neubau aus dem 3. Stock ein eiserner Träger herabgefallen. Ein Arbeiter wurde dadurch auf dem Rücken schwer verletzt und mußte ins Wenzel-Haus-Krankenhaus geschafft werden.

Bermittelt wird seit dem 14. Dezember die 29. Jahre alte Taubstumme Arbeiterin Katharine Kucharska, Wollschneise 7. Sie ist etwa 1,0 Meter groß, hat dunkles Haar, braune Augen und war mit schwarzem Rock, blauer Jacke, schwarzen Strümpfen und schwarzen Schuhen bekleidet.

Ein Kind von der Treppe gestürzt. Am Sonntag nachmittags stürzte im Hause Wollschneise 38 ein sechsjähriges Mädchen aus dem 4. Stock über das Treppengeländer in den Hausflur. Das Kind wollte, was leider noch häufig zu bemerken ist, am Treppengeländer herunterklettern, verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte herunter. Glücklicherweise fiel es immer von einer Treppe auf die andere, so daß der Ausprall auf dem Erdboden gemindert wurde. Auf das Geschrei des Kindes eilten Hausbesitzer und die Mutter herbei. Da das Mädchen anscheinend schwer verletzt war, rief man die Samariter der Feuerwehr herbei. Inzwischen hatte sich das Kind erholt, und es konnte festgestellt werden, daß es nur geringe Verletzungen erlitten hat. Trotzdem schafften es die Samariter der Feuerwehr ins Allerheiligenshospital.

Schwerer Zusammenstoß. Auf dem Trebnitzerplatz stieß am Sonntag ein Milchwagen mit einem Straßenbahnzuge zusammen. Der Anprall war so heftig, daß der Milchwagen und der Motorwagen erheblich beschädigt wurden. Ein auf dem hinteren Teile des Milchwagens stehender Schüler wurde auf das Straßengestell geschleudert und erlitt einige Verletzungen.

Unfall bei der Arbeit. In der Gasanstalt auf der Siebenbütenerstraße kam Sonntag früh ein Arbeiter so unglücklich zu Fall, daß er eine schwere Verletzung an der Kniekehle erlitt.

Verloren. Ein armer Arbeiter hat am vorigen Sonntag auf dem Wege von der Trebnitzerstraße bis zum Eisenanplaz ein rotbraunes Portemonnaie mit Geld verloren. Der Finder wird erlucht, beides in der Redaktion der Volkswacht abzugeben.

Ranissen gestohlen. Aus einem verschlossenen Stall auf der Zietenstraße sind in der Nacht zum Sonntag drei Ranissen gestohlen worden.

Einbruch. In die Restauration des Grundstücks Jochenstraße 12 sind in der Nacht zum Sonntag Tiere gewaltsam eingedrungen und haben Fleisch und Wurstwaren und Zigarren im Gesamtwerte von 110 M. gestohlen. — Auch einem Vorkostgeschäft auf der Leisingstraße stahlten Einbrecher in derselben Nacht einen Beizuch ab; hier stahlen sie einen Hahn und eine Menge Kefsel.

Bereine und Versammlungen.

Der Arbeiter Athleten-Verein Breslau veranstaltet laut Inserat am ersten Weihnachtsfeiertag in Münch's Restaurant Frankfurterstraße, eine Soiree mit sportlichen Aufführungen. Der Verein ist in Arbeiterkreisen wegen seiner Leistungen gut bekannt und verspricht auch diesmal das Beste.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Die gefährlichen Betriebsklassen.

„Gefährliche Betriebsklassen? — Doch nur für die Arbeiter!“ wird jeder Arbeitnehmer, ausruhen. Nein, für die Arbeiter sind die Betriebsklassen gefährlich — wenigstens in der Landwirtschaft. Der Landrat von Neumarkt erläßt folgenden Wink an seine Betreuen:

Der Arbeitgeber hat bei der Betriebskrankenkasse über alle wichtigen Maßnahmen den Vorstand und den Ausschuss beschließen zu lassen; in beiden Organen ist er nur zu einem Drittel stimmberechtigt. Unzufriedene Elemente der Arbeitnehmer werden hierbei weit eher zu übertriebenen Ansprüchen neigen, als bei der Betriebskrankenkasse; auch bei der Arztwahl hat der Arbeitgeber nicht freie Hand. Das im alleseitigen Interessenswerte gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird leicht hierbei gefährdet werden.

Das gute Einvernehmen (— Im —). Was die Herren sich nicht alles darunter vorstellen! Hier handelt es sich doch lediglich darum, den ländlichen Arbeiter recht- und willenslos zu machen, und die „unzufriedenen Elemente“ (welcher Landarbeiter aber ist ehrlich zufrieden?) gewaltsam niederzuhalten. Dazu eignet sich freilich die der Agrarier auf den Leib zugeschnittene Betriebskrankenkasse entschieden besser als eine Betriebskrankenkasse, die den Arbeitern wenigstens geringe Rechte gewährleistet. Wenn irgend etwas das Elend dieser neuen „sozialen Einrichtung“ klar hervortreten läßt, so ist es dieser garne Wink des Herrn Landrats an seine Betreuen.

Der ortsübliche Tagelohn für Breslau-Land und die daraus ergebende Versicherungshöhe ist für 1914 wie folgt festgelegt:

Beizuch	Versicherte						Bemerkungen
	16 Jahren	16 bis 21 Jahren	21 bis 25 Jahren	25 bis 30 Jahren	30 bis 35 Jahren	über 35 Jahren	
1. Versicherungsbeitrag Breslau-Land	1,00	0,80	1,50	1,00	2,40	1,50	Markt
2. Darnach sind Beiträge zur Invaliden-Versicherung zu entrichten							II I III II Lohnklasse

Arrieten. Aus der Gemeinde. In der letzten Gemeinderatsversammlung wurde beschlossen, die durch Verpflegung einer hiesigen Ortsarmen im Armenhause der Stadt Breslau entstehenden Kosten aus der Gemeindefasse zu bezahlen. Eine andere ortsrarme Witwe wurde gegen eine jährliche Bezahlung von 144 Mark in das Siechenhaus Witzschau, Kreis Breslau, untergebracht. Der Gaspreis für Beleuchtung und Heizung ist vom 1. April ein einheitlicher, der Rubikmeter kostet 19 Pf. Auch der ärmeren Bevölkerung zu ermöglichen, Gas zu verwenden, würde es sich empfehlen, dieses durch Aufstellung von Gasautomaten zu erleichtern. Dadurch würde der Gasverbrauch ganz bedeutend steigen, was im Gemeindefinteresse nur zu begrüßen wäre. Der Gemeinde Kleitenborn wurde erlaubt, von dem Wert „Schlesien“ Elektrizität zu beziehen, ausgeschossen davon bleibt die Beleuchtung der Straßen und Plätze.

Neumarkt. Unser Bahlabend erfreute sich dieses Mal eines sehr guten Besuches. Genosse Schütz-Breslau hielt einen Vortrag über das Jahr 1913. Dann gab der Vorsitzende die Abrechnung vom Bildungsfest, der leider nicht den erhofften Erfolg brachte. Genosse Rudolf Keller wurde zum Kassierer der neugegründeten Distriktskaffe gewählt. Dieran schloß sich der Bericht von der Kartellfeier über das Weihnachtsfest. Das Vergnügen wird von der Partei und Gewerkschaft veranstaltet. Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Hierbei sei bemerkt, daß wiederum allen Parteigenossen und Freunden ein genußreicher Abend geboten wird. Unter verschiedenen wurden noch einige Distrikts-Angelegenen geregelt. Schluß der außerordentlichen Versammlung 11 Uhr. Nach diesem begaben sich die Genossen zum „weißen Adler“. Hier gab Genosse Schütz allen Genossen ein klares Bild über die „Volksfürsorge“. Als Vertrauensmann für die im Januar bei uns in kraftretende Volksfürsorge wurde Genosse Paul Pettinger, Weißgerber, gewählt. Alle Anmelbungen sind dem Genossen Pettinger für die Lederarbeiter, dem Genossen Deichsel für die Bauarbeiter und dem Genossen Wilhelm Schutte für die Tabakarbeiter zu übergeben.

Aus aller Welt.

Ein gewaltiger Brand.

Ein großer Schadenfeuer brach am Sonntag auf der West von Portsmouth (England) aus, das durch eine ungeheure Ausdehnung annehm. Das Feuer entstand an dem Eismaschinenboden, wo leicht brennbares Material aufbewahrt wird. Mit riesiger Geschwindigkeit und mächtiger Entzündung der Flammen, die durch den starken Wind angefaßt wurden, breitete sich das Feuer aus. Nach der Signalform, ein riesiges Wasser, das ganz und ganz erlosch, wurde von den Flammen ergriffen und brannte bis auf den Grund nieder. Die Telegraphenbrücke lag nur mit knapper Not einem Ausbruch nach dem Feuer aus und der dicken Rauch erloschen. In ganzen waren

2000 Personen

zur Bekämpfung des Feuers angesetzt. In kurzer Zeit wurden die Dampfmaschinen zusammen und die Flammen gingen auf eine Eisenbahnbrücke über, in deren Nähe große Lager von Sprengstoffen lag. Die Gefahr war für den Verkehr gebiert worden. Nicht Millionen über Wasser wurden in das Feuer hineingeworfen. Das Feuer erlosch gegen Mitternacht seinen Höhepunkt. Der Schaden, an dem großen Vermögen des Kaufmanns lagerte, kostete der Explosion fast vollständig niedergebrannt.

In der Dampfmaschinen-Station wurden wertvolle Dokumente zerstört, die bis in die Zeit des Krieges zurückreichten. Alle Dokumente wurden im Haus der Flammen. Der Schaden, an dem Feuer erlosch, wird auf 20 Millionen Schilling geschätzt. Somit lag bis jetzt bei diesem Brand ein Verlust von 20 Millionen Schilling vor. Die Flammen erlosch nicht zu helfen.

Schweres Eisenbahnunglück.

In Löttringhausen (Westfalen) ereignete sich am Sonntagabend gegen 7 Uhr ein schweres Eisenbahnunglück. Die Lokomotive des von Löttringhausen nach Hagen verkehrenden Lokalzuges entgleiste in dem Augenblick, als der Personenzug 913 Hagen-Dortmund in die Station einfuhr. Beide Lokomotiven rieten zusammen, wodurch auch die Lokomotive des Hagenauer Zuges und dem Gleise Sprang und die Dampfung hinabstürzte. Ein Feizer, der sich nicht rechtzeitig befreien konnte, wurde am ganzen Körper schwer verbrüht und mußte dem Krankenhaus in Dortmund zugeführt werden. Ein Lokomotivführer erlitt gleichfalls erhebliche Verletzungen am Kopf. Drei Wagen vierter Klasse des Personenzuges stürzten um, wobei acht Personen mehr oder minder schwer verletzt wurden.

Ein von Dortmund requirierter Hilfszug brachte ärztliche Hilfe. Der Materialschaden ist erheblich. Die Aufräumungsarbeiten dürften mehrere Stunden in Anspruch nehmen, jedoch konnte der Verkehr aufrechterhalten werden. Als Ursache des Unglücks wird Schienenbruch angenommen.

In dem Unglück sind noch amtlich gemeldet: Der von Hagen kommende Personenzug 913 fuhr am Sonntagabend um 7 Uhr in eine kurz vorher entgleiste Maschine. Die Maschine mit dem nachfolgenden Post- und Personenzug entgleiste. Bericht wurden die nachfolgenden Verloren. Herr Kapitän und Hagen fuhr. Er wurde ins Krankenhaus in Dortmund gebracht. Leicht verletzt wurden Lokomotivführer Schulte, Fahrer Heinrich Engels, Schreiber Wilhelm Schneider, Müllisch aus Dortmund, Lokomotivführer Kniebert, Ingenieur Figgel aus Hagen, Landwirt Heinrich Schäfer aus Hagen, Bahnführer Karl Simonsel aus Hagen. Der Grund des Unfalls ist noch nicht aufgeklärt.

Bier Personen schwer verbrüht.

Aus bisher noch nicht ermittelten Gründen platzte am Sonntagabend in dem zur Lichtanlage des Stettiner Bahnhofes in Berlin gehörigen Kesselraum ein großer Verschlussbebel ab, so daß im nächsten Augenblick gewaltige Dampfmenge ausströmte. Der Kesselraum war sofort mit undurchdringlichen heißen Dämpfen erfüllt, und es war infolgedessen den in dem Raume beschäftigten vier Personen nicht möglich, bis zur Ausgangstür vorzubringen und ins Freie zu gelangen. Einer von ihnen schlug, um sich selbst in Sicherheit zu bringen, eine starke Fensterscheibe ein, durchschnitt sich dabei aber die Schlägader am rechten Unterarm. Als Feuerwehreinleite in den Kesselraum einbrangen, fanden sie den schwerverletzten Maschinenmeister Kettig in einer großen Nutzlache am Boden liegen. Seine drei Kollegen, die Feizer Schäfer, Eybow und Großmann, hatten mehr oder weniger schwere Verbrühungen davongetragen.

Noch eine gewaltige Feuerbrunst in Frankreich.

Wie aus Orient (Frankreich) gemeldet wird, hat eine furchtbare Feuerbrunst am Sonntagabend einen großen Teil der Stadt zerstört. Das Feuer breitete sich mit großer Geschwindigkeit aus, doch gelang es der Feuerwehr, viele Personen durch Sprunglöcher und durch Leitern den Flammen zu entreißen. Viele Familien sind obdachlos; die Not ist sehr groß. Auch ein Teil des Archivs des Magistrats fiel dem Feuer zum Opfer.

Das ein Erdbeben gerüht. Der Wall von Oerum (Lübeck) berichtet, das Freitag ein Erdbeben den Ort erschütterte. Die Häuser der Frauen und Männer sind tot, zwei Frauen verletzt. Auch in anderen Orten hat das Erdbeben Schaden angerichtet.

Allelei Winke für Berichterstatter.

Im Zeitungsweien gibt es keine Schalkone, denn jeder Tag, so schreibt Wilhelm Kiepeck im 6. Laufen seines...

Recht unverantwortlich würde der Berichterstatter auch handeln, wenn er sich etwa sagen sollte: 'Ach was, wenn der Bericht nicht stimmt, mögen Behörden oder Unternehmer der Zeitung eine Verichtigung schicken.'

Geben sich aber die Angegriffenen einige Male überzeugt, daß die Berichte ganz falsch sind, oder daß Unwesentliches aufgeführt und in ein ungünstiges Licht gestellt wurde...

Die wohlwollendste Meinung ist es auch, daß die Zeitung 'für alle' sei. Wenn sich zwei Nachbarn nach langer Freundschaft gründlich verfeindet haben...

Nicht viel anders sieht es oft bei Beschwerden über Lehrer und Beamte. In die richtige Stelle zu gehen und dem Schulleiter oder dem Magistratsbevollmächtigten Mitteilung über wirkliche und vermeintliche Uebergriffe zu machen...

In allen Fällen, die dem Berichterstatter zweifelhaft erscheinen, soll er die Leute auf den Weg der Anzeig und der Klage verweisen. In den Gerichtsverhandlungen kann die Zeitung, wenn es sich um wichtige Sachen handelt...

Wenigstens Verstehen und Begreifen zielt den Berichterstatter besonders ab. Wenn ein Polizeibeamter oder ein Nachwächter oder eine ehrbare Konterwalde oder nationalliberale Staatsknechte einmal einen über den Durst getrunken hat...

Zwölf Jahre Zuchthaus.

Die dritte Breslauer Strafkammer verurteilte am Sonnabend den etwa 21 Jahre alten Arbeiter Josef Zembil aus Rußland wegen fünfzehn schwerer Diebstähle im Rückfalle...

Zembil ist in Deutschland schon wiederholt wegen Diebstahls mit Gefängnis bestraft worden. Zulezt verurteilte er im Ratibor 2 1/2 Jahre Zuchthaus und wurde am 27. August 1913 aus der Strafanstalt entlassen. Er wandte sich zunächst nach Oberschlesien, verübte in verschiedenen Orten Einbrüche...

Tuisten des Geschäfts aus seiner Privatwohnung abholte. Der Prokurist mußte das Geschäft öffnen, einige Schulkollegen folgten ihm mit geladenem Revolver, da es feststand, daß auch der Einbrecher einen Revolver bei sich führte.

Der Angeklagte, der leiblich deutlich verhält, nahm das harte Urteil ruhig entgegen. Die vier Wochen Haft, die ihm wegen Verlegung eines falschen Namens zuerkannt wurden...

Die schlesisch-polenischen Schwarzviehhändler beklagen sich sehr über Verdrängung des Hausierhandels mit Schweinen durch die Behörden. Vor allem empfinden sie die Untersuchung des Viehes an der Entladungsstelle für ihr Gewerbe sehr nachteilig, weil die Untersuchung große Schwierigkeiten und erhöhte Kosten verursacht.

Wegen Selbstverwundung stand ein Kürassier vor dem Kriegsgericht; er soll sich einen Zeigefinger abgehauen haben. Der Mann ist freiwillig eingetreten; das Soldatenleben gefiel ihm so gut, daß er später kapitulieren wollte.

Neueste Nachrichten.

Kurze und Krankenkassen.

Berlin, 22. Dezember. Gestern vormittag fand im Reichsamt des Innern wegen der Krankenkasse eine dreistündige Unterredung statt, an der leitens der Regierung Staatssekretär Debraud, Handelsminister Sadow, Ministerialdirektor Cailor und einige Räte, leitens der Kurze Prof. Orth von der Berliner Fakultät, Landratsabgeordneter Dr. Mugdan, Sanitätsrat Wunter vom Geschäftsausschuß des Kurzevereins...

Ein Todesopfer des Eisenbahnunglücks.

Dortmund, 21. Dezember. Der gestern bei dem Bahnunglück in Wittlinghausen schwer verletzte Geiger Viktorus aus Düren ist diese Nacht im Luffen-Hospital in Dortmund gestorben.

Ein Fabrikgebäude durch Dynamit zerstört.

Strassburg, 22. Dezember. Eine gewaltige Detonation verlegte in den gestrigen Abendstunden die ganze Stadt in Aufregung. Die Seifenfabrik Wersohn wurde durch Dynamit in die Luft gesprengt worden. Die Wirkung der Explosion war äußerst stark. Große Stücke des Mauerwerkes und des Schornsteins wurden weit fortgeschleudert. Auch Teile der Inneneinrichtung und des Maschinenhauses wurden in weiter Entfernung des Explosionsortes vorgefunden.

Annäherung zwischen Frankreich und Österreich.

Paris, 22. Dezember. Gestern wurde von Wien kommend der frühere Präsident der Abgeordnetenversammlung, Graf von Tisza, nach Frankreich gebracht. Er hat den Verhandlungen zwischen Frankreich und Österreich betreffs der Orientfrage teilgenommen. Die Douner dürfte sich, daß die Verhandlungen zwischen den beiden Mächten eine befriedigende Lösung herbeiführen werden. Weiter führte er aus, daß die Verhandlungen nur auf dem Wege einer dauerhaften Einigung zwischen Frankreich und Österreich-Ungarn möglich werden können.

licher wie in materieller Hinsicht eine vorherrschende Stellung einzunehmen.

Man schießt in Albanien.

Belgrad, 22. Dezember. Von Dibra eingetroffene Telegramme melden, daß man in Albanien Annoncen für die Revolution ausbreiten will, und zwar fanden bestige Kämpfe zwischen Ismail Kemal Pascha, der die gegenwärtige provisorische Regierung leitet, und Essad Pascha statt. Es handelte sich um Meinungsverschiedenheiten in der Frage, wo der Prinz Wilhelm zu Wied zu empfangen sei. Essad Pascha stehe mit seiner Artillerie vor Valona.

Die Rückgabe der Gioconda.

Rom, 22. Dezember. Die Gioconda wurde gestern im Unterrichtsministerium in Gegenwart des Ministers des Außeren von dem Minister Crebara dem französischen Botschafter Barrere übergeben, der das Gemälde in seinem Auto nach dem Palazzo Varrese mitnahm. Von dem Uebergabeakt wurde ein Protokoll aufgenommen, das von dem Anwesenden unterzeichnet wurde.

Beteiligung Italiens in San Francisco.

Rom, 22. Dezember. Die italienische Regierung hat dem amerikanischen Botschafter erklärt, Italien werde an der Ausstellung in San Francisco teilnehmen, wenn man in Washington die geplanten harten Maßnahmen gegen die Einwanderung anerkennen lassen und die Zeugnisse der Sanitätsbeamten der italienischen Auswandererschiffe als vollständig anerkennen.

Deutsche Gelehrte als Opfer von Kannibalen.

Breslau, 21. Dezember. Auf Neu-Medienburg wurde der forschungsreisende Deininger und ein anderer deutscher Gelehrter, die mit 14 eingeborenen Begleitern Proben wertvoller Pilze sammelten, von Kannibalen umgebracht.

Befreiung Wehrpflichtiger in Rußland.

Warschau, 21. Dezember. Zweijährige Nachforschungen der Polizei eraben eine Organisation mit ausgedehnter Klientel in West-Rußland, welche mit Hilfe von Leuten und Kräfte die Befreiung Wehrpflichtiger vom Dienst bezweckt. Pauschalungen hier und in anderen Städten West- und Südrußlands führten Verhaftungen und Beschlagnahme eines ausgedehnten Briefwechsels herbei.

Räuberischer Eisenbahnüberfall.

Kaluita, 22. Dezember. In der Sonnabend-Nacht wurde ein Eisenbahnzug auf der Strecke Beshawar-Kaluita von Rajah-Räubern überfallen. Der Maschinenführer, der Zugführer und auch der Geizler wurden von den Räubern niedergeschossen. In der Zwischenzeit konnten sich aber die Reisenden um einige im Zuge befindliche britische Offiziere scharen, die gemeinschaftlich mit einigen im Zuge befindlichen Soldaten mit ihren Säbeln die Angreifer in die Flucht schlugen.

Wochenspielplan der Breslauer Theater.

Table with 4 columns: Stadt-Theater, Oper-Theater, Thalia-Theater, Schauspielhaus. Rows for Monday, Tuesday, Wednesday, Thursday, Friday, Saturday, Sunday.

Wetternachrichten der Niederländischen Seewarte.

Table with 4 columns: 20. Dezember, 21. Dezember, 22. Dezember. Rows for wind speed, precipitation, etc.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Table with 10 columns: Station, Datum, Wasserstand, etc. Rows for various stations.

Das Zigarettengeschäft.

Das Zigarettengeschäft im Gewerkschaftshaus empfiehlt in geschmackvollen Packungen... Zigaretten, Zigaretten und Tabak als jedem Raucher besonders angenehmes Genussmittel.

Verammlungen u. Vereine

Achtung! **Achtung!**
Eisen-, Metall-, Revolver- und Automaten-Dreher.
 Die Auszahlung des Weihnachtsgeschenks von der freiwilligen Sammlung der Branche der Dreher erfolgt **Dienstag, den 23. Dezember, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.**
 Alle organisierte, arbeitslose und ausgesteuerte Kollegen haben sich mit Mitgliedsbuch dort einzufinden. Eine weitere Aufforderung geht keinem Kollegen zu, und finden spätere Meldungen keine Berücksichtigung.
 11891 **Die Branchenleitung.**

Achtung! **Achtung!**
Krankenkassenmitglieder!
Samstag, den 28. Dezember 1913, früh von 9 bis 8 Uhr abends, findet im **Kassenlokal, Sorrenstraße 29/30, 2. II.** die **Wahl zum Ausschuss der besonderen Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter** statt. Nicht weniger als 3 Wahlvorschlagslisten sind eingegangen, es weiß nun ein jeder, was auf dem Spiel steht, deshalb darf Keiner und Keiner fehlen, wollen wir nicht das selbe erleben, was wir bei der Wahl zur Allgemeinen erleben mussten. **Auf zur Wahl möglichst bei 8 Uhr und wählt die Wahlvorschlagsliste Nr. 1!**
 11892

Jeden Dienstag ab 9 Uhr.
frisches Wellfleisch, Kessel u. Hausmacher Wurst eig. Schlachtung

ZUM GOLDENEN HECHT

Gelegenheitskäufe!
Uhren, Gold- u. Silberwaren
 Goldene Damenuhren v. 12 Mk. an, silberne Herren- und Damenuhren v. 3 u. 5 Mk. an, Perlen- und Diamanten in Silberuhren v. 7 Mk. an, silberne Armbänder v. 2.50 Mk. an, silberne Halsketten v. 1 Mk. an. Alle anderen Kräfte in Gold, Silber und Double preisbillig.
 Mit Gold und Silber wird in Zahlung genommen.
Josef Klein, Kupferschmiedestr. 18.

Zum bevorstehenden **Weihnachtsfeste** empfehle ich mein **grosses Lager in Spielwaren**
 als **Puppen-, Sport- und Leiterwagen, Kinderstühle, Wiegenpferde etc.**
 Spezialität: **Haus- und Küchengeräte, Hänge-, Tisch- und Wandlampen, Steigeleitern, Holzschuffer, Wannen.**
Robert Kornmann, 50 Friedrich-Wilhelmstr. 50
 Filiale: **Gräbschenerstrasse 36.** [11407]



Gasen im Fell! Gasen gepiilt!
 Gatte Gasen, 2-Teilig.
 halbe Rehrücken . . . von 2.50 Mk. an.
 halbe Rehrücken . . . von 1.50 Mk. an.
 Bekannte, feine, weiche, weiche, weiche, weiche.
 Feinste Mastpantyhose u. -Hosen.
 Feinste Mastgänse, Pfund 85 Pfg.
 Bekannte, weiche, weiche, weiche, weiche, weiche.
L. Adler, nur 2 Oderstr. 2.
 11290

Lebende Karpfen
auf der Kupferschmiedestr. 34
billig!
 à Pfund 0,20, 0,25, 0,30 1,- Mk.
 Peter Gatzke.
 01188

Gut Leben mit mir!
Schallplattenapparate
 Musikinstrumente, Schallplatten, Grammophon, Schallplatten, Grammophon, Schallplatten, Grammophon.
 n. 1. II. 11893
 Jäger, Gellert, Friedrich-Wilhelmstr. 30. **Samstag billig Gräbschener Str. 32.**

Frische Gasen
 Gatte Gasen, 2-Teilig.
 halbe Rehrücken . . . von 2.50 Mk. an.
 halbe Rehrücken . . . von 1.50 Mk. an.
 Bekannte, feine, weiche, weiche, weiche, weiche.
 Feinste Mastpantyhose u. -Hosen.
 Feinste Mastgänse, Pfund 85 Pfg.
 Bekannte, weiche, weiche, weiche, weiche, weiche.
L. Adler, nur 2 Oderstr. 2.
 11290

Die Beleidigung
 gegen Mucha nehme ich zurück.
 11892 **Wiezorek.**

Kaufe geb. Möbel bei plötzl. Fortreif. **Edelstahl, Umzug, ganze Wohn-Einrichtg.** gegen sofortige Barg. Bezahl. briefl. a. mündl. Wahl. **Friedrichstr. 59 u. Gartenstr. 36.** [11900]

Moderne Herrenuhren
 fast neu, preisbillig zu verkauf. **Dinerstr. Nr. 17, I.** [11888]

Reell! Gut! Billig!
 kaufen Sie **Uhren und Goldwaren**
Goldene Trauringe
 besonders preiswert, nach Gewicht. [11143]
 Für jede Uhr zwei Jahre Garantie.
Arnhold Rosenthal
 Uhrmachermeister
 Neue Schwaiddnitzerstrasse 5 an der Gartenstrasse



Der Musikkenner
 kauft am besten u. billigsten bar oder auf Teilzahlung nur im **Musikhaus Max Melzer**
BRESLAW 6, Friedrich-Wilhelmstr. nur Nr. 34.
 Vorzügliche Sprechapparate, Wiener Akkordeons, Zithern, Mandolinen etc. [11940]
 Grösste Auswahl in neuesten la doppelseitig. Schallplatten von 80 Pf. an, 1.25, 2.-, 3 Mk.
 Für 3 alte tausche eine neue Platte!



Frohe Gesichter
 sieht man bei Übergabe praktischer Geschenke, die in reicher Auswahl zu niedrigen Preisen in unserem **Geschäftslokal** [11574]
auf der Oderstrasse 5, zweites Viertel vom Ringe erhältlich sind
 Wir empfehlen: **Rosshaarbesen - Teppichkehrer Bohrerbürsten - Spiegel - Kämmen - Spülgarnituren - Schälplättchen - Schwämme - Toilette-Papierhalter Seifen in Kartons - Kopf-, Kleider-, Schuh- und andere Bürsten etc. - Kinderbesen - Handfeger und Schrubber.**

London & Co., Oderstr. 5, zweites Viertel vom Ringe.
Achtung! Achtung!
Nur für unsere Leser!

Das Leben der Naturvölker
 von **Dr. B. Werner**
 mit 227 Illustrationen in elegant. Leinenband
Preis nur Mk. 3.-
 Die Anschaffung dieses Buches ist jedermann zu empfehlen.
 Als Weihnachts-Geschenk sehr geeignet. (Modernes Antiquariat.)
In beziehen durch die Expedition und Kolporteurs.

Gerstäcker's Werke.
 Volksausgabe in zwei Bänden, reich illustriert, in Rollen von 50 Pf. (Gesamtpreis 1.00 Mark)
 In beziehen durch Expedition und Kolporteurs.

Achtung! Kinobesucher! Achtung!
 Dem Wunsche der Kinoangestellten, am **Mittwoch, den 24. Dezember,** **die Kinos zu schliessen,** sind die Besitzer nachfolgender Kinos nachgekommen:
Union-Kino, Reform-Kino, Apollo-Kino, Westend-Kino, Metropol-Kino, Kaiser-Kino, Eden-Theater, National-Theater, Kammer-Lichtspiele, Tauentzien-Theater.
 Wir bitten die Arbeiterschaft dies zu beachten und uns entsprechend zu unterstützen.
 11888 **Sektion der Kinoangestellten.**

Verlangen Sie Probeheft vom Kolporteur oder von der Zeitungsträgerin
Minna Rautsky's
Romane u. Novellen
Volksausgabe
 Cirka 100 Lieferungen à 20 Pfg. = 25 Heller.
 Die Lieferungsangabe ermöglicht auch dem Minderbemittelten die Anschaffung der Werke der beliebten **Volkschriftstellerin.**

Minna Rautsky's Romane und Novellen sollten in jedem Arbeiterheim zu finden sein!
Buchhandlung Volkswacht.

Einen prachtvollen Wandschmuck für jedes Arbeiterheim
 bildet das zur Erinnerung an die fünfzigste Wiederkehr des Jahrestages der Gründung der deutschen Sozialdemokratie herausgegebene Gedenkblatt.
 Das Bild stellt in seiner künstlerisch plastischen, äusserst geschmackvollen und kolorierten Ausführung eine Zierde jeder Wohnung dar.
 Der Preis des Gedenkblattes, das in Grösse von 37x48 cm auf Karton hergestellt ist, beträgt 60 Pf. pro Stück.
 Zu beziehen durch die **Expedition und Kolporteurs.**

Kleiner Anzeiger
 Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf
 Bücher, Schallplatten, Weihnachts-Geschenke, Internationales Arbeiterweihnachtsheft, auch neue Schläger. Große Auswahl. Preisnachlässe von 10 Pf. an. **Pathé-Schallplatten, Pathé-Platten zu 1.50 Mk., doppelseitige Schallplatten von 75 Pf. an.** **24. Dezember, Steingasse 3.** [11447]
Abonnenten und Leser der 'Volkswacht' können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die 'Volkswacht' auch dadurch, dass sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der 'Volkswacht' berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die 'Volkswacht' berufen.
 Durch alles dies wird die 'Volkswacht' aktiv unterstützt.

Ein gerichtliches Nachspiel zum christlichen Gewerkschaftsstreit.

Röln, 20. Dezember 1913.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung in dem Prozesse wegen Verleumdung der christlichen Gewerkschaftsführer bekräftigte Reichstagsabgeordneter Giesberts, daß die Enzyklika an sich nach der Auffassung des Gesamtverbandes keinen Grund zu Verurteilungen gebot habe, daß man aber angesichts der erregten öffentlichen Meinung, die eine klare Stellungnahme erfordere, den Essener Kongreß einberufen habe. Die Enzyklika hat an sich mit unserer Demanstration nichts zu schaffen. Wir halten an unseren Grundgedanken fest. Die Frage, was wir tun werden, falls von Rom aus ein generelles Verbot der interkonfessionellen Arbeit erfolgen würde, ist nicht behandelt worden.

Generalsekretär Stegerwald legt den zeitlichen Zusammenhang dar. Am 10. November erschienen die Enzyklika, am 18. fand die erste Vorstandssitzung statt. Zur Vertretung von Meinungsverschiedenheiten wurde auf den 21. November eine Ausschüßsitzung einberufen. Diese Ausschüßsitzung beschloß über die in Esen vorzuliegende Resolution und zwar bevor von Seiten des Episkopats eine authentische Interpretation der Enzyklika abgegeben wurde.

Reichstagsabgeordneter Giesberts: Die Äußerung Noguieraus aus dem Kongreß: Wir lassen uns von keiner kirchlichen Behörde diktieren, ist wohl ausgesprochen, aber in keiner Weise zu einem Beschlusse erhoben worden.

Verteidiger N. U. Heine: Es ist nicht Pflicht der christlichen Gewerkschaften,

ihre Mitglieder der katholischen Arbeitervereine

— Abg. Giesberts: Mein, insofern nämlich die geistliche Behörde nicht das Recht hat, den christlichen Gewerkschaften etwas vorzuschreiben. — N. U. Heine: Ist Ihnen bekannt, daß Stegerwald im Jahre 1912 von der gegenwärtigen Unterstützung der christlichen Gewerkschaften und nach den katholischen Arbeitervereinen geredet hat? — Abg. Giesberts: Das ist selbstverständlich.

N. U. Heine: Würden auch die „Verliner“ hier im Westen, falls Demanstrationen gerundet würden, ihre Mitglieder den christlichen Gewerkschaften zuführen? — Diese Frage wird von Rechtsanwalt Schreiber beantwortet, sie habe mit dem Vorwurf des Doppelweils, um den sich der Prozeß drehe, nichts zu tun. (Lebh. Bewegung im Publikum.) Ich protestiere gegen die Art und Weise, wie man über den Rahmen des eigentlichen Prozeßstoffes hinaus durch geschickte Ausfragen der Zeugen Agitationsmaterial gegen die christlichen Gewerkschaften herausfischen möchte. Das was hier gesagt wird hat mit dem eigentlichen Prozeßstoff nichts zu tun, sondern soll nur als Belegmaterial in der Öffentlichkeit gegen die christlichen Gewerkschaften dienen, es soll dazu verwendet werden, die Christlichen Gewerkschaften gegen den Episkopat, gegen den Papst, gegen den Staat und gegen die eigenen Arbeitsgenossen zu verkehren. — Der Vorsitzende gibt der Meinung Ausdruck, daß er bisher in der Ausdehnung der Redefreiheit nicht zu weit gegangen sei. Vert. N. U. Heine: Laut Äußerungen verschiedener Gewerkschaftsführer ist das Christentum bekanntlich in den Gewerkschaften streng konfessionell. — N. U. Schreiber weist demgegenüber darauf hin, daß die christlichen Gewerkschaften sich doch auch bemühn, ihre evangelischen Mitglieder den evangelischen Arbeitervereinen zuzuführen. Schon dadurch werde tatsächlich

die Unabhängigkeit von einer kirchlichen Behörde

gewahrt. Abg. Giesberts: Die Christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine ergänzen sich gegenseitig. Die christlichen Gewerkschaften arbeiten vorzugsweise oder rein auf wirtschaftlichem Gebiete, während sich die katholischen Arbeitervereine mit der religiösen Ausbildung befassen.

Vert. N. U. Grundschöppel führt eine Stelle aus der Rede des Erzbischofs von Köln vom 17. Dezember d. J. an, in welcher der Erzbischof erklärt: Wir müssen die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in die katholischen Arbeitervereine bringen, und folgert daraus eine Abhängigkeit der Gewerkschaften vom Episkopat. Giesberts widerspricht dem und meint, das selte doch auch umgekehrt. Daß vor der Verurteilung von der stützlichen Seite des Streikses gesprochen worden sei, vermag Giesberts nicht zu sagen. — Die Frage des N. U. Heine: Sie würden also nur einem generellen Verbot der interkonfessionellen Arbeit Folge leisten? wird von N. U. Schreiber beantwortet und von dem Gericht auch nicht zugelassen.

Abg. Giesberts gibt eine kurze Darstellung der Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit dem Generalvikar von Köln, Dr. Kreuzwald. Er habe unterwegs die Enzyklika in der Zeitung gelesen und sei in Köln bei Kreuzwald mit Stegerwald zusammengetroffen. Die Unterhaltung sei sehr kühl gewesen und der Umstand, daß Stegerwald die Enzyklika aus der Hand des Generalvikars entgegengenommen habe, bedeute keine Unterwerfung der christlichen Gewerkschaften.

Die Frage des Vorsitzenden, ob sich dieser Unterwerfung irgend ein Gewerkschaftsführer unterworfen habe, wird von Giesberts verneint, ebenso die Frage des N. U. Schreiber, ob irgend jemand in offiziellen Auftrag mit der kirchlichen Behörde verhandelt habe. Auf den Einwand des N. U. Grundschöppel, daß Giesberts sich dem Fuldaer Pastore vom August 1900 unterwerfen habe, bekräftigt dies Giesberts.

Es wird sodann ein Ausschnitt aus einer dem Vatikan nachstehenden Zeitung vom August 1912 vorgelesen, wonach Giesberts, Stegerwald und Imbusch sich föhlich unterworfen haben. Giesberts bezeichnet das als haren Insinuation und verneint auch die Frage des Verteidigers N. U. Heine, ob die diplomatische Intervention seitens der Reichsregierung von den christlichen Gewerkschaften veranlaßt worden sei. Weiter bezeichnet Giesberts auf Befragen durch N. U. Heine niemals mit einem Minister oder Staatssekretär über die Enzyklika verhandelt zu haben; er habe über das Erscheinungsdatum der Enzyklika sowie von dieser selbst vor ihrem Erscheinen nichts gewußt.

Vorl.: Auf dem Essener Kongreß sollen die christlichen Gewerkschaften ihre Taktik geändert haben, sie sollen nachher weniger Streiks geführt, mehr auf Tarifverträge gedrungen haben und es soll überhaupt

eine viel zahlreichere Richtung

eingebracht worden sein. — Giesberts bekräftigt das letztere in entschiedener Weise auf die Frage des Vorsitzenden, ob irgend eine geistliche Stelle den Versuch gemacht habe, die christlichen Gewerkschaften streikfeindlich zu beeinflussen, erwidert Giesberts, ein solcher Fall wäre so auffallend, daß er ihm bekannt sein müßte.

Der Vorsitzende geht dann auf den Vergarbeitsvertrag über. Giesberts ist bei der Konferenz, die der Staatssekretär des Innern zwecks Vermittlung einberufen hatte, gegenwärtig gewesen. Aus den Verhandlungen zwischen den christlichen und den freien Gewerkschaften vor der Konferenz ist dem Zeugen nichts bekannt, das hätten die Gewerkschaften allein abzumachen gehabt. — Vorsitzender: Es sollen aber doch Lohnverhandlungen stattgefunden haben! — Abg. Giesberts: Ja, aber die Lohnerböhung sollte möglichst ohne Streik durchgeführt werden. — Rechtsanwalt Heine: Die Nachfrage der „Weltlichen Zeitung“ von einer Lohnerböhung ist aber sofort bemängelt worden! — Abg. Giesberts: Ich weiß das nicht genau, aber die Söhne sind unmittelbar darauf gestiegen. — Der Zeuge bekräftigt weiter, daß ihm bekannt sei, daß der Telegraf auf den

Der Vorsitzende kommt sodann auf die Gabe zu sprechen, welche die rheinisch-westfälischen Industriellen durch Erzbischof Fischer

als Peterspfennig

überreichen ließen, um so den Schlag, den die Kurie in der nächsten Zeit gegen die christlichen Gewerkschaften liefern wollte, zurückzuhalten. Abg. Giesberts bezeichnet das als ein Märchen und erklärt, mit der Wahl Beckmanns hätten die christlichen Gewerkschaften als solche nichts zu tun.

Der nächste Zeuge, Redakteur Effert, erklärt, von einer Unterwerfung unter die Enzyklika könne keine Rede sein, ebenso wenig von einem Eingreifen irgend einer kirchlichen Behörde, abgesehen von dem Schreiben des Bischofs Korom an seine Dechanten anlässlich des Streiks im Saarrevier. — Der Zeuge Abgeordneter Hermann Imbusch weist nichts davon, daß sich der gesamte Vorstand oder ein Mitglied deselben der Enzyklika unterworfen hätte. Auf die Frage des N. U. Grundschöppel, warum Imbusch, der doch ebenfalls befragt sei, nicht auch Klage gestellt habe, antwortete Generalsekretär Stegerwald, das sei deshalb nicht geschehen, daß man Wert darauf lege, Imbusch und Giesberts als Zeugen zur Verfügung zu haben, weil sie über die wichtigsten Punkte der jetzzeitigen Verhandlung Aufschluß geben könnten. Dem Zeugen ist nichts davon bekannt, wer die preussische Regierung zu ihrer Intervention bewogen hat.

Der Zeuge Heinrich Imbusch erklärt, daß auch ihm von einer Unterwerfung unter die Enzyklika nichts bekannt sei. Ebenso wenig ist ihm etwas von der erwähnten Schenkung an den Papst bekannt.

Auf die Frage des Verteidigers Rechtsanwalt Heine, weshalb die christlichen Gewerkschaften sich verantwortlich fühlen, gegen den Sozialdemokraten Hue vorzugehen, bemerkt der Zeuge, die Vergarbeiter hätten sich daran gestoßen, daß Hue die christlichen Organisationen mit den unehelichsten Mitteln bekämpfe.

Rechtsanwalt Grundschöppel stellt hierauf folgende Beweisfragen: 1. Daß die kirchlichen Obern nach Rom vertriehen hätten, daß Giesberts, Stegerwald und Imbusch sich der Enzyklika unterworfen hätten. 2. Daß diese Nachrichten durch verschiedene dem Vatikan nachstehende Organe verbreitet worden seien. Weiterhin wird die Ladung des Fürstbischofs Kopp, des Staatssekretärs Merx del Val, des Monsieur Felner sowie verschiedener römischer Redakteure beantragt. — Rechtsanwalt Heine verlas eine Anzahl von Schriftstücken aus päpstlichen Rundschreiben usw., welche auf die Doppelzüngigkeit der christlichen Gewerkschaften vor dem Erscheinen der päpstlichen Enzyklika hinzeigten.

Die weitere Verhandlung wurde hierauf auf Montag früh vertagt.

Parteiangelegenheiten.

Der strafwürdige Diebstahl. Die Inhaber der Obersdorf Schmalte- und Tonwerke in Coburg fühlten sich beleidigt, weil unter Coburger Parteiblatt auf eine gerichtliche Feststellung hin, daß die genannte Firma vier Arbeitern ihren Lohn zu Unrecht einbehalten hatte, das Vöbelwort angewandt hatte: Wer seinen Arbeitern den verdienten Lohn nicht gibt, ist ein Hund. — Das Schöffengericht erkannte gegen den verantwortlichen Redakteur Florich auf Freisprechung; die Straffammer kann jedoch zu einer Verurteilung wegen Verleumdung. Der Pressfänger soll 300 Mark Strafe zahlen.

Schlesien und Posen.

Die Bluttat des polnischen Grafen.

Graf Mieloganski, über dessen furchtbare Tat wir an anderer Stelle berichten, vertritt im Reichstag den 2. Posenen Wahlkreis Samter-Brinbaum-Dornitz-Schwerin. Früher zu den radikalsten Polen gehörend, hatte er sich in der letzten Zeit mehr den konservativen Elementen in der Partei genähert und war deshalb Gegenstand heftiger Angriffe aus den Kreisen der eigenen Partei heraus gewesen, worüber wir teilergeit berichten. Graf Mieloganski hat fünf Jahre lang bei den Leibkassieren in Breslau gestanden. Uebrigens war er im Januar 1913 auch im schlesischen Wahlkreise West-Bybitz in den Reichstag gewählt worden, nahm das Mandat jedoch infolge Doppelwahl nicht an. Als er den Dienst quittierte, erlernte er die Landwirtschaft und übernahm mehrere Güter seines Vaters. Mieloganski steht im 44. Lebensjahre. Der Ehe mit seiner getödeten Gattin sind zwei Töchter und ein siebenjähriger Sohn entsprossen. Mit dem Schloß besaß er sich außer dem Grafen Mieloganski noch zahlreiche Güter, da für Sonnabend große Jagd angesetzt war. Die durch die jähretliche Nachtigale aufgewirkte Gesellschaft verließ größtenteils alsbald nach der blutigen Tat das Schloß und begab sich in Wagen und Automobilen nach Hause zurück.

Gottelberg, 22. Dezember. 60 Meter tief abgeflürzt. Auf der Grubengrube der schlesischen Kohlen- und Koks- werke stürzte während der Frühlicht beim Schachtnauern der 10 jährige Schlopper Paul Simon aus Wiltgendorf 60 Meter tief ab. Der Verunglückte wurde zwar noch lebend zutage gefördert, starb aber infolge innerer Verletzungen auf dem Transport nach dem Knappschaftlazarett.

Reichenbach, 22. Dezember. Rückgang der Einwohnerzahl. Die Wirkung der in den letzten Jahren in der Textilindustrie eingetretenen rückläufigen Konjunktur äußert sich in unserer Gegend namentlich in einer unglücklichen Bewegung der Bevölkerungsziffer. Die Schuld daran trägt in bedeutendem Maße die Abwanderung zahlreicher Arbeiter nach anderen Industriebezirken. So ist bei den bedeutendsten Klängen der Textilindustrie im Entengebirge nicht nur ein Stillstand, sondern sogar ein einschneidender Rückgang der Einwohnerzahl zu verzeichnen. Reichenbach ging um 193 Einwohner zurück, und zwar kommt bezeichnender Weise die Mehrzahl des Verlustes auf die Niederstadt, die Bezirke mit Arbeiterwohnvierteln. In Langenbieren ging die Einwohnerzahl sogar um 498 Personen zurück. Nach den letzten Volkszählungsangaben hat Reichenbach 16,333 und Langenbieren 17,908 Einwohner.

Weickeln, 22. Dezember. Schreckliches Verbrechen. Als der in der hiesigen Drehtscheidefabrik beschäftigte Klenner am Donnerstag früh nicht wie gewöhnlich zur bestimmten Zeit von seiner Frau gewinkt wurde, forschte er nach der Ursache, wobei er die Frau fast leblos im Bett liegend vorfand. Die arme Frau, die am Tage noch ihre Wäsche gewaschen hatte, war vom Schlae getroffen worden, aus deren Folgen sie noch am selben Tage verstarb. Die Verstorbene stand Anfang der fünfziger Jahre.

Glogau, 22. Dezember. Schloß Partau niedergerannt. Mittwochabend brach in den oberen Räumen des Schloßes Partau Feuer aus, das sich sehr rasch ausbreitete. Das Rittergut Partau gehört gegenwärtig der Berliner Landbank A. G. Es konnten nur einige Sachen aus den oberen Räumen des Herrenhauses gerettet werden. Das gesamte Mobiliar in den oberen Räumen und sämtliche Sachen des Administrators sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Das Schloß selbst ist bis auf die Umfassungsmauern niedergerannt. Der Schaden wird auf ungefähr 60000 bis 80000 Mark geschätzt.

Meiße, 22. Dezember. Ein Betrüger. Vor der hiesigen Strafkammer gelangte am Freitag ein großer Betrugsvorfall zur Verhandlung, der in gewissen Kreisen mit Spannung erwartet wurde. Der frühere Kaufmann Erich Reisch aus Meiße wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt, um sich wegen Betruges und Untreue in sieben Fällen zu verantworten. Im Verlaufe der Verhandlung hat er seine Untersuchungshaft durch vielerlei Einwendungen auf über sechs Monate verlängert, was aber jetzt vor, ein volles Geständnis abzulegen, sodas der größte Teil der Zeugen nicht vernommen werden brauchte. In der Hauptsache verübte Reisch, der sich als Gütermäkler betätigte, seine Betrugereien beim Verkauf oder Ankauf von Grundstücken und bei der Vermittlung von barem Gelde. In fünf Fällen konnte Reisch der Betrug nachgewiesen werden. Mit Rücksicht darauf, daß dieser „Chrenmann“ in schamlosster Weise minderbemittelte Leute um ihr Geld gebracht, wurde er zu drei Jahren Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Rönigsberg, 22. Dezember. Ein Kind verbrannt. Während der Abwesenheit der Mutter verbrannte das vierjährige Kind Griede des Puttenarbeiters Specht. Die Frau war Mangeln gegangen und hatte die drei kleinen Kinder ohne Aufsicht zurücklassen müssen. Die Kleider des ältesten Kindes fingen, als es dem Ofen zu nahe kam, Feuer, und ehe die Nachbarn zu Hilfe kommen konnten, trug das Kind so schwere Brandwunden davon, daß es nach zwei Stunden qualvollen Leidens starb.

Schwientochowitz, 22. Dezember. Die letzte Schicht. Auf der Schloßengrube erlitt der Häuer Johann Bienschel durch plötzlich abgeworfene Kohle von der Klust einen Bruch der Wirbelsäule, der Rippen und des Schädels, so daß der Bedauernswerte nur als Leiche geborgen werden konnte.

Posen, 22. Dezember. Selbstmord verübte die 43 Jahre alte Jännermannsrau Marie Kuske aus der Parfrstraße, die sich in ihrer Wohnung die Halsadern der linken Hand durchschnitten und Gift zu sich nahm. Bald nach ihrer Entlieferung nach dem Stadtkrankenhaus trat der Tod ein.

Posen, 22. Dezember. Kein Befürworter des Gebärtekreiß. Die Stadtverordnetenversammlung von Brieg hat dem Oberpoltschaffner Schmidt, dem kürzlich das 30. Kind geboren wurde, ein Ehrengeschenk von 50 Mark bewilligt.

Hohensalsa, 22. Dezember. Mäkelhafter Tod. Große Aufregung rief hier das Gerücht hervor, daß zwei Frauen ermordet aufgefunden worden seien. Die polizeilichen Ermittlungen haben nun folgenden Tatbestand ergeben: Die Hausbesitzerin Frau Krutz, Alte Posener Straße 14 parterre wohnt, war seit einiger Zeit nicht mehr gesehen worden. Die anderen Bewohner glaubten, sie wäre verreckt, da dies schon öfters vorgekommen war. Bei der Frau wohnte ihre 17 jährige Nichte, die Tochter eines Hotelbesizers aus Rogowo, welche die hiesige Gewerbeschule besuchte. Als sich auch diese seit einigen Tagen nicht blicken ließ, schöpften die Mitbewohner des Hauses Verdacht. Man öffnete die Wohnung gewaltsam und fand im Schlafzimmer Tante und Nichte, beide in einem Bett liegend, tot auf. Das zweite Bett war unberührt. Auf Grund des Tatbestandes erscheint ein gewalttätiger Tod ausgeschlossen; auch ein gemeinsamer Selbstmord kommt anscheinend nicht in Frage. Man muß vielmehr annehmen, daß die beiden Personen den Ersttötungstod gefunden haben.

Buchbesprechung.

Die Geschichte einer Bombe, von Andr. Strug. Verlag Georg Müller, München.

Es ist ein sehr merkwürdiges Buch; ein Roman, ja mit mehr. Die Geschichte einer Bombe ist mehr wie ein Roman; es ist die Geschichte des Zusammenbruchs der russischen Revolution. Wie ein Film schnurrt es an unseren Augen vorbei. Wir werden eingeweicht in die inneren Kämpfe der S. D. K. und der U. R. S., lernen Menschen, Helden, Spihel, Banditen und die sozialistischen Parteien kennen. Und das alles durch eine Bombe, die von einem kalten Gröbler konstruiert, ein Wunderwerk der Sprengtechnik sein soll und die zu großen Tingen herufen, bis dahin durch viele, viele Hände wandert, um am Schluß doch zu versagen und von den Kosaken in einen Fluss versenkt zu werden, wo sie zur Explosion gebracht wird. Wie manche Stunde bebender Angst verleben wir mit dem jeweiligen Besitzer der Bombe; ein Menschchen genit hüben wie drüber nichts. Und treffend schildert Strug das veronene Wesen des russischen Volkes, dem er selbst sehr oft zum Opfer fällt; immer aber sind seine Gröbeler von großer dichterischer Tiefe. Strug ist ein bürgerlicher Schriftsteller und doch hat er den Helden- und Opfermut der russischen Arbeiter mit stüder Bewunderung geschildert, wenn er auch ihre Schwächen sehr scharf sieht. Ueberhaupt ist eine unverdächtige logische Schärfe in der Beobachtung die hervorragende Seite des Buches, das immer zum Nachdenken anregt. Jedenfalls kann man dem Werke die weiteste Verbreitung wünschen. Klärt es doch uns, die nächsten Nachbarn Rußlands über manche Vorgänge jenseits der Grenze auf. S.

aus dem Ristentopp des Lebens. Gedichte von Wsrel Scholch. Verlag Georg Dering, Berlin.

Der bekannte Mitarbeiter und allzeit frohe Spötter der „Welt am Montag“ hat seine meist schon irgendwo abgedruckten Gedichte zu einem recht unterhaltlichen Bändchen vereint. Darin politische Satire, frohe Spötterei, Boheme-Chansons in heifnekem Geprist, feinfühnige Liebes- und Lebensgedichte wechseln einander ab. Die Verssprache ist recht ungezwungen, flott und großartig.

Stadt-Theater.

„Rigoletto“ von G. Verdi.

Am Sonntag erschien Frau Lein Elise von Satopoi in einer zweiten Rolle als „Gilda“. Mit ihr hörte man endlich wieder einmal eine rechte Gilda mit frischer, in allen Sagen gleich gut angegebener Stimme und frischer Kunst und die Szenen zwischen Rigoletto und ihr, wie auch das Quartett des vierten Aktes kamen in prachtvoller Schönheit heraus. Frau Lein von Satopoi sollte sich nur hüten, hohe Noten am Schluß zu bringen, wenn sie ihrer nicht unbedingt sicher ist. Gerade eines so ausgezeichneten Leistung hat ein solcher Akt am Schluß unangehmer an, wie einer mittelmäßigen, wo es auf eine Schwäche mehr nicht ankommt. Die Solofantasie des zweiten Aktes gelang ihr technisch vortrefflich. Auch den dramatischen Anforderungen der Rolle zeigte sie sich dastellerisch durchaus gewachsen. In der Mittschiffen wurden dem Gaste in Gemeinschaft mit dem vorzüglich disponierten Rigoletto Perders hüben die Ovationen hingebracht. Man hätte glauben können, das 1000. Verbot zu anwehnd seien 200 hätten es annähernd gemacht sein. Der Dochheit war leider indisponiert und rang noch ein letzter Akt durch. Der Mittwochabend war ein überraschend charakteristischer Abend. In der Mittschiffen wurden viele Gedichte der Rigolettosängerin, der Dichterin und langjährige Abnehmerin bei Zuleitung der Mittel zu „Rigoletto“ Das und manches andere sind keine Mittel, welche uns zu neuen, Höhe, unverkauften Dingen sollen nicht überlassen machen; das die Güte ist schon so manchermal nachge-

Zur Arztfreizügigkeit.

Man schreibt uns:

Wenn es in der nächsten Zeit zu einem Arztstreik kommt, dann wird die ganze bürgerliche Presse sicher alle die Ansichten verbreiten, die in den überaus Versammlungen des Reichstages im Herbst vorgebracht wurden. Das Verbot ist immer: der Arztstand wird durch die schlechte Bezahlung der ärztlichen Leistungen in den Krankenhäusern proletarisiert. Tatsache ist allerdings, daß vielfach die Ärzte schlecht bezahlt werden. In Reich, Staat und Gemeinde werden an angelegte Ärzte Gehälter bezahlt, wie man sie sonst keinem Menschen mit arbeitsreicher Tätigkeit bietet. In der Armeegibt man den Assistenz- und Oberärzten ein Jahresgehalt von 1700—2400 Mark, den Stabsärzten 3400—5100 Mark, den Oberstabsärzten und Generaloberärzten 6352 Mark. Erst die Generalärzte bringen auf 8772 Mark. Ein ähnliches Bild ergeben die Gehaltslisten in den Provinzialstaaten und in den Gemeinde-Etats. Geradezu beschämend niedrige Summen aber werden den Ärzten in Provinzial-Asylen, in Krankenhäusern, als Armenärzte und so weiter gegeben. Das schmerzt aber die Ärzte ganz in der Ordnung zu finden. Treibt werden sie nur den Arbeitern gegenüber. Hier wird gefordert, obwohl sie wissen, daß jeder Erfolg nur auf Kosten der Kranken Arbeiter erkauft werden kann. Schlechte Bezahlung kommt in Krankenhäusern in der Regel in Gemeindefrankenkassen vor, wo die Gemeindefunktionen die Verwaltung haben. Wir sind weit entfernt, hierfür die Leiter der Gemeindefunktionen verantwortlich zu machen. In Orten, wo der örtliche Tagelohn recht niedrig ist, darf auch nur ein geringerer Beitrag von den Versicherern erhoben werden. Krankengeld und Familienunterstützung sind durch Gesetz, die Versicherungsbedingungen in Krankenhäusern durch Kreis- oder Gemeindebeschlüsse festgesetzt. Wenn diese unabänderlichen Ausgaben bestritten sind, dann steht nur noch wenig Geld zur Verfügung. Eventuell müßten die Gemeinden Zuschuß leisten, und so kommt es dann, daß der Krankenarzt ähnlich bezahlt wird wie der Armenarzt. Trotz der niedrigen Bezahlung in den Gemeindefunktionen ist die Bezahlung der Krankenärzte so, daß die Ärzte keinen Grund zur Klage hätten, wenn für die Nichtversicherer eine gleiche Summe wie für die Versicherer bezahlt würde.

1910 betrug die Bevölkerung des Deutschen Reiches aus 44.063.740 über 14 Jahre alte Personen, und 20.892.233 unter 14 Jahre alten Personen.

Von den über 14 Jahre alten Personen waren im Jahre 1911 14.518.764 gegen Krankheit versichert. Die Kranken- und Anaphtisastklassen zahlten 1911 89.129.924 Mark an Arzthonorare. Dazu kommt noch das Arzthonorar, welches in den Verhütungsfällen in Anstaltsbehandlung mit enthalten ist. Rechnet man nur die direkt an die Ärzte gezahlte Summe, dann zahlten die Kranken- und Anaphtisastklassen 1911 für jeden Versicherten 6,14 Mark, also eine Summe, die das Reich nicht annähernd als Arzthonorar für die Soldaten aufwendet. Aber auch die nichtversicherte Bevölkerung zahlt viel weniger. Würde für jeden über 14 Jahre alten Einwohner 6,14 Mark und für jedes Kind die Hälfte, also 3,07 Mark an Arzthonorar bezahlt, dann hätten die rund 32.000 Ärzte zusammen eine Einnahme von 334.598.477 Mark, also ein Durchschnittseinkommen von über 10.000 Mark. Damit ständen die Ärzte über den Leuten mit ähnlicher Vorbildung. Sie hätten mehr als die akademisch gebildeten Oberlehrer, diese bekommen in Preußen in den staatlichen Anstalten 4000—5600 Mark, also im Durchschnitt 6300 Mark. Etwas besser sind die Juristen bezahlt: aber sie bringen es als Reichsgerichtsrat nur auf 13.000 Mark oder als Senatspräsident beim Reichsgericht auf 15.000 Mark. Freilich muß man bei den Beamten noch rund 10 Prozent als Wert für die Pension und Kostenerstattung hinzurechnen. Aber selbst nach Hinzurechnung dieser Summe werden die Oberlehrer, Direktoren der höheren Lehranstalten und die Juristen im Gerichts- und Verwaltungsdienst nicht auf 10.000 Mark durchschnittliches Jahresgehalt kommen.

Nun haben die Ärzte jetzt keine 10.000 Mark Jahres Einkommen. Wenn sie ein solches Einkommen nicht erreichen, dann liegt es aber nicht an den Krankenkassen, sondern an den niedrigen Bezügen, die die Ärzte von den Nichtversicherern haben. Die Herren vom Leipziger Verband sagen: In den Kranken- und Anaphtisastklassen werden rund 4300 Millionen Beiträge eingenommen. Wenn sie davon 100 Millionen mehr als bisher für Arzthonorare erreichen können, dann reicht es vorläufig. Kann man von dem Teil der Kranken nicht den halben Arbeitsverdienst geben, dann möge man es auf ein Drittel reduzieren. Der Arzt will natürlich handesgemäß leben, wo aber bleiben die Kranken Arbeiter? Von Reich, Staat, Provinz und Gemeinde kann der Arzt nicht mehr fordern und wenn es nicht bewilligt würde, mit Streik drohen.

Streikende Militärärzte oder streikende beamtete Ärzte, das paßt nicht zum Militär- und Bureaufunktionar. Bei solchem Streik würde die gesamte bürgerliche Welt in größte Erregung versetzt und gegen die Ärzte Partei nehmen. Aber den Krankenklassen kann man schon noch etwas abnehmen. Das wird ja höchstens Kranken Arbeitern entzogen. In solchem Kampf können die Ärzte auf die Unterstützung der ganzen bürgerlichen Presse rechnen. Einmütig steht die bürgerliche Presse auf Seiten der streikenden Ärzte und verbreitet die hübschen Reden über die Bezahlung der Einzelleistungen. Das ist das schöne Rechenbuchstück, mit dem man Jahresverdiensten von 15.000 Mark als niedrig erscheinen lassen kann. Die Jahresleistung eines solchen Arztes wird in 150.000 Einzelleistungen zerlegt und dann hat er für die Einzelleistung 10 Pfennige, also weniger als ein Dienstmann. Man sollte aber einmal rechnen, wie hoch finanziell gutgestellte Städte solche Einzelleistungen der Ärzte in Krankenhäusern bezahlen. In den Krankenhäusern wird in der Regel jeder Kranke täglich zweimal vom Arzt besucht. Da kommen also in einem Krankenhaus mit 1000 Betten im Jahre 730.000 und mehr solcher Einzelleistungen heraus. Wenn man in solchem Krankenhaus 20 Ärzte angestellt hat und jeder Arzt 6—10.000 Mark, also durchschnittlich 8000 Mark erhält, dann wird die Einzelleistung doch noch nicht mit 22 Pfennig bezahlt und für die großen Operationen gibt es dann gar nichts. Nehmen wir die Einzelleistungen der Krankenhausärzte und auch die Einzelleistungen der Arzthonorare ein. Würde man in einem Krankenhaus über die Einzelleistungen der Ärzte so Buch führen, wie die Kassenzüge es müssen, dann würde man bald erkennen, wohin es führen würde, wenn diese Einzelleistungen nach der Lage bezahlt werden sollten, wie sie von den Krankenkassen gefordert werden. Die Krankenkassen würden alleinst mit ihren Bezügen über die Gehälter der Oberbürgermeister und der Minister hinauskommen.

Zum unangenehmen Entsetzen würden die Ärzte kommen, wenn alle wenig zahlungsfähigen Menschen gegen Krankheit versichert wären und von diesen für Arzthonorare ähnliche Summen wie jetzt von den Krankenkassen gefordert werden. Dann würde man wohl halb geneigt sein, die in Reich, Staat und Gemeinde angelegten Ärzte ähnlich zu bezahlen, wie die Juristen. Die Krankenkassen sind jetzt nicht in der Lage, den Ärzten das zu bezahlen, was sie verdienen, denn es hat sich nach nicht die Fälle bei über 14 Jahre alten Einwohnern des Reiches versichert.

Gewerkschaftliches.

Zum Streik der Gewerkschaften.

Die Deutsche Post hat kürzlich einen Artikel, der für die Gewerkschaften in Preußen sehr ungünstig ist. Er enthält viele falsche Angaben, die nur die Absicht haben, die Gewerkschaften in Preußen zu verunglimpfen. Die Gewerkschaften sind in Preußen sehr zahlreich und haben eine große Bedeutung. Sie sind in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und zu fördern. Die Deutsche Post versucht, die Gewerkschaften als gefährlich für den Staat darzustellen, was nicht der Wahrheit entspricht.

Die Verträge, durch welche die Privatangehörigen einzuschließen und für den Verzicht auf das gewöhnliche Koalitionsrecht zu verantworten, sind in neuerer Zeit immer häufiger geworden. Ein freies Koalitionsrecht ist aber die wichtigste und unentbehrliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf um eine bessere Lebenshaltung und die Freiheit der Berufstätigkeit. Alle Arbeiter, ohne Unterschied ihrer politischen oder religiösen Ansichten, haben in dieser Frage das gleiche Interesse.

Die deutschen Gewerkschaften haben den Kampf um ein freies Koalitionsrecht stets mit allen Kräften geführt. Wo es galt, das bedrohte Koalitionsrecht zu sichern, waren sie stets zur Stelle. Es war also selbstverständlich, daß die Generalkommission als Vertretung der gewerkschaftlichen Zentralverbände dem koalitionsfeindlichen Verhalten der Deutschen Bank gegenüber nicht untätig bleiben durfte. Ein erheblicher Teil der gewerkschaftlichen Organisationen steht mit der Deutschen Bank in Geschäftsverbindung. Diese Verbindung kann natürlich nicht aufrechterhalten werden, wenn die Deutsche Bank auf ihrem koalitionsfeindlichen Standpunkt beharrt. Um hierüber Aufklärung zu schaffen, hat die Generalkommission mit der Deutschen Bank verhandelt. Es fand eine längere Aussprache zwischen Vertretern der Generalkommission und zwei Direktoren der Deutschen Bank statt, die aber zu keinem für die Gewerkschaften befriedigenden Resultat führte. Die Vertreter der Deutschen Bank versicherten zwar wiederholt, daß die Bank nicht die Absicht habe, das Koalitionsrecht ihrer Angestellten zu beeinträchtigen, sie konnten sich aber nicht dazu verstehen, eine ausreichende schriftliche Erklärung hinsichtlich der Sicherung des Koalitionsrechts abzugeben.

Verschiedene andere Banken bemühten sich um die Rücksicht der Gewerkschaften. Diese kann natürlich nur solchen Ansinnen zugewandt werden, die keinen Zweifel darüber lassen, daß das Koalitionsrecht der Angestellten nicht angefaßt wird und dementsprechende Erklärungen abgeben. Dies ist von mehreren Großbanken gegenüber der Generalkommission bzw. dem Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten geschehen. Es können nunmehr folgende Banken empfohlen werden:

- Berliner Handelskassensgesellschaft,
- Berlin W. S. Vorkredit 32 33.
- Mitteldeutsche Kreditbank.
- Schaaffhausenscher Bankverein.

Die gewerkschaftlichen Organisationen werden in Zukunft diese Banken bei der Anlage ihrer Gelder bevorzugen.

Drei weitere Banken: die Deutsche Bank, die Commerz- und Diskontobank und die Diskonto-Gesellschaft haben Erklärungen über eben beschriebenen Art nicht abgegeben. Nach Aussage des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten sind aber in diesen Instituten den Angestellten bisher keinerlei Schwierigkeiten hinsichtlich der organisatorischen Stellung gemacht worden.

Stadt und Provinz.

Fabrikarbeiterkammern.

Am 15. Dezember taute in Garbisch Restaurant und am 16. Dezember in Stabelwicz bei Herrn Goltz die ordentliche Generalversammlung unserer Filiale. Kollege Gütler hielt einen Vortrag über: "Die Schmach der Arbeit". In einigen Beispielen zeigte der Redner, wie die Arbeiterklasse ohnehin schon in ihren Rechten beschnitten wird und keine Ursache verleiht, nach Ausnahmegeboten zu streiken. Der Vortrag wurde in beiden Versammlungen mit vielem Beifall gelebt. Darauf gab Kollege Gütler einen kurzen Überblick über das vergangene Geschäftsjahr, woran sich eine kurze Debatte anschloß. Im Januar wird der Bericht der Vertrauensleute gedruckt ausgestellt werden. Dem Bericht folgen die Wahlen. Unter Vorstandsmitgliedern ist ein Antrag zur Annahme, wonach eine Sammlung für Kranke, Arbeitslose und ausgereiste Mitglieder stattfinden soll, zu einer besonderen Weihnachtsunterstützung. Dann wurde auf die Wahlen zur allgemeinen Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter hingewiesen, die am 24. Dezember abgehalten werden, und die Aufforderung an die Schwestern der Arbeiter, nur für die Liste Nr. 1 zu stimmen. Auch wurden einige Anfragen über die Betriebskrankenkasse der Stillerischen Samlingsmaschinen erledigt. Die Mitarbeiter wurden aufgerufen, sich mit ihren Nachbarn und Bekannten an den Wahlkampf vorzubereiten, welche am 31. Januar 1914 im Gewerkschaftshaus und am 31. Januar in Stabelwicz bei Goltz von unserer Organisation veranstaltet werden.

Deutsches Reich und Ausland.

Ein iharisches Mistrauen für den Vorstand

sprach der Bundesrat der technisch-industriellen Beamten am Sonntag aus. In vorgerückter Stunde wurde mit 13 gegen 17 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, ein Mistrauenstadium gegen den Vorstand angenommen, das zum Ausdruck bringt: der Vorstand habe Schuld an der geringen positiven Ausbeute der Bundesarbeit. Der Vorstand habe gezeigt, daß er zur Erledigung der Personalangelegenheiten im Bunde unfähig ist und damit bewiesen, daß er der geistlichen Entwicklung des Bundes im Wege stehe. Der Bundesrat beschloß daher, dem Vorstand ein Mistrauenstadium auszusprechen. Darauf legte der bisherige Vorstand seine Ämter nieder.

Streikfrage.

Das Schöffengericht in Nordenham verurteilte am Donnerstag den Eisenhändler Lemke wegen Verletzung eines Arbeitswilligen zu 10 Mark Geldstrafe oder 14 Tagen Gefängnis. Der Angeklagte und der Schlosser Hinckler als Zeuge bestritten die angelegte Verletzung. Der Anwalt meinte, der Angeklagte und der Zeuge stünden auf sozialdemokratischem Boden und seien nicht ohne weiteres glaubwürdig; gegen den Zeugen würde er ein Verfahren wegen Meineides beantragen. Das Schöffengericht ist der Ansicht, daß Lemke gar kein Sozialdemokrat oder freier Gewerkschafter ist, sondern dem Reichs-Dunderschen Maschinenbauerverband angehört. Hoffentlich schreiben sich die Dursche diesen Fall ins Gedächtnis und erkennen daraus, daß es bei dem famosen Arbeitswilligen auch gegen sie geht und sie daher bei ihrem Schimpfen über "sozialdemokratischen Terrorismus" etwas vorsichtig sein müssen.

Zehnforderungen der jiddischen Arbeiter in Jitta.

Die jiddischen Arbeiter in Jitta rufen jetzt die dortige Stadtverwaltung abzumals erucht, ihnen vom nächsten Jahre an eine Lohnerhöhung zuzulassen. Vor kurzem hatte man bereits daselbst Gesuch mit dem Bemerken abgelehnt, daß die letzte Lohnerhöhung im Jahre 1911 erfolgt sei, vor Ende 1914 könne an eine Erhöhung nicht herangeführt werden. Die damalige Erhöhung betrug pro Stunde 2 Pfennige. Auf diese Erhöhung mußten die Arbeiter aber drei Jahre warten. Auch eine Änderung des Wahlmodus zu dem Arbeiterausschuß wünschten die Arbeiter. Sie wollen sich ein Wahlrecht bei der Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch den Arbeiterausschuß sichern. Alle Wünsche der Arbeiter hat die Stadtverwaltung abgelehnt bis auf einen untergeordneten. Der Oberbürgermeister stellte sich auf den Standpunkt, daß der Arbeiterausschuß lediglich eine beratende Einrichtung sein sollte.

Arbeiterwahl in Florsheim.

Einen glänzenden Sieg errangen die freien Gewerkschaften bei der Ortskrankenkassenwahl in Florsheim. Es erschienen auf die freigelegte Wahlkarte 1216 Stimmen und auf die Liste der Sozialen Arbeiter 871 Stimmen, unter welcher Führung sieben der Vereingenen von 16 Kandidaten, 3671 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhielten 47 Vertreter der Sozialen Arbeiter 15. Bei den Arbeiterwahlen erschienen die freien Gewerkschaften 5 Vertreter im Ausschuss. Der Kampf wurde von den Christlichen in Florsheim geführt, besonders die Eilinger Krankenkassenwahl. Die freien Gewerkschaften sind in der nächsten Zeit aus.

Der Streik in Österreich.

Am 20. Dezember ist die vierzehnjährige Kündigungsfrist abgelaufen. In einigen Druckereien wurde das Streikpersonal wegen passiver Resistenz bereits im Laufe dieser Woche entlassen. Sämtliche Arbeiterblätter, die von der passiven Resistenz betroffen sind, haben Vorlesungen getroffen, in bezug auf die Umfassung mit dem Streikpersonal zu erscheinen. Die tschechischen Blätter werden hierbei nicht wie bisher einen gemeinsamen Satz benutzen. Die passiven Resistenz hatte auch das Nichterscheinen mehrerer Wochenblätter und periodischer Veröffentlichungen zur Folge.

Aus aller Welt.

Der Sohn des bekannten Großindustriellen Thyssen

stand am Sonntag wegen Verletzung des Rechtsbestandes der Maschinenfabrik Thyssen in des Rechts, antworts Dr. Saerle, vor dem Schöffengericht in Mülheim a. d. Ruhr.

Bevor der Eröffnungsbeschluss verlesen wird, erklärt Thyssen jun.: Wenn ich verurteilt werden sollte, so bitte ich das Gericht, lieber gleich auf Gefängnisstrafe zu erkennen, mein nettes Auge in die Freiheit auf Geldstrafe. Eine Geldstrafe würde ich nicht bezahlen, ich denke nicht daran, die Strafe zu bezahlen. Der Eröffnungsbeschluss lautet auf Verurteilung durch zwei Briefe nach § 185 und § 186 des Strafgesetzbuchs. Der erste Brief ist an den Privatkläger gerichtet und zwar aus Dresden vom 30. Mai. In dem Briefe wird dem Privatkläger vorgelesen, er mache persönlich den Versuch seines Vaters und seines Vaters mit, er kämpfe nicht einmal mit christlichen Waffen. Das sei nicht die Arbeit eines vornehmen Mannes. Der Angeklagte fordert den Privatkläger auf, aus dem Glasbügel auszutreten. Wenn er das nicht täte, würde er selbst nach Mülheim kommen und von ihm Genehmigung fordern. Der Brief schließt: Solche Schwelereien, wie die Einbestellung der Registratur, dürfe man nicht ungestraft tun.

Der zweite Brief ist von dem Angeklagten an August Thyssen jun. im August 1913 gerichtet. Er schreibt darin: "Lieber Vater! Ich sehe, daß Du keine Rücksicht auf mich nimmst, und tue es daher auch nicht. Das Urteil der Landgerichts wird Dir daher gestellt werden, wenn es nicht besteht und nach wann es Dir beliebt. Ehe Du aber meine Umgebung kritisiert, befreie Dich erst von dem Lumpengefühl, das Dich umgibt, dem Dr. Saerle, dem Justizrat Welt Simon, Joseph Thyssen usw. Der Plan, den diese Kreaturen vorhaben, wird vereitelt werden."

Weiter bezieht der Briefschreiber den Privatkläger als Genugtuung und Jbidoten.

Vorsitzender (zum Angeklagten): Daß Sie diese Briefe geschrieben haben, geht Sie zu? — Angeklagter: Ja, wohl. — Vorsitzender: Was halten Sie damit für einen Zweck im Auge? — Angeklagter: Ich bin empört über die Art des Herrn Dr. Saerle, meinem Vater Vertragsrechte zu verweigern. Dazu gehört, daß er Gläubigerforderungen unter falschem Namen aufkaufte, daß er einen anderen Konkursverwalter haben wollte, der natürlich unter seinem Einfluß steht, daß er den Konkurs überhaupt eingeleitet hat. Er hat die Einreichung der Registratur befürwortet, damit die Herren Richter eine miserable Meinung von mir bekommen. Ich habe die Einreichung der Registratur als eine Schwinnelei bezeichnet, und den, der sie eingereicht hat, als einen Schwinneur. Verteidiger: Das Wort Schwinneur bezieht sich nicht auf den Kläger, sondern auf Justizrat Welt Simon. — Thyssen bezieht das Wort auch auf den Privatkläger, es sei denn, daß er jetzt erklärt, er habe nichts von der Einreichung der Registratur gewußt. — Kläger: Die Einreichung der Registratur ist mit meinem Wissen und Willen erfolgt.

Bei seiner weiteren Vernehmung sagte der Angeklagte August Thyssen jun. unter anderem aus: Ich habe gar nicht Herrn Saerle befehlen wollen. Ich habe ihn nur angehen wollen. Ich habe mir gesagt, er will nichts weiter, als meine Verträge mit meinem Vater beschaffen. Mein Vater hat bekanntlich in den letzten Jahren das Vermögen auf die vier Kinder übertragen. Nun versucht mein Vater, diese Verträge wieder aufzugeben, und Dr. Saerle unterstützt ihn darin. Er mißbraucht damit seine Stellung als Beamter der Firma Thyssen u. Co., um gegen einen seiner künftigen Chiffs vorzugehen und ihn zu verurteilen.

Nach Vernehmung einiger weiterer Zeugen folgen lange Erörterungen über die Schulden des jungen Thyssen. Die Konkursanmeldungen sollen sich auf

54 Millionen Mark

belaufen haben, sie werden wahrscheinlich auf 16 Millionen Mark zurückgestellt werden. Der Zeuge Dr. Borchardt bezeugt, daß er Bürgschaften für den Angeklagten in Höhe von etwa 12 Millionen übernommen habe. Nach den Angaben der Verteidiger nimmt der Angeklagte noch einmal das Wort und erklärt: Ich gebe zu, daß ich den Privatkläger schwer angegriffen habe. Aber ich habe es getan und werde es tun, so lange er sich dazu hergibt, weiter in dieser Form gegen mich vorzugehen. Ich werde alles tun, um ihn zu vernichten. Seit 27 Jahren werde ich in Berlin geschüttelt. Ich bekomme keine Alimentation, ich bekomme nur den notdürftigsten Unterhalt in Höhe von 400 Mark monatlich, die ich aus einem Grunde, der für mich gebüht hat, verpfändet habe. Ich bekomme also tatsächlich nichts. Ich werde alle paar Wochen gepfändet und mußte den Offenbarungseid leisten. Gegen den Wortwurf, daß ich ein ungeratener Sohn sei, protestiere ich ganz energisch. Ich habe die Thyssenschen Werke lieb. Ich wollte mein Vermögen nicht auf die Familie übertragen, sondern

zugunsten der Arbeiter

der Welt verzichten. Ich bin heute schon auf die Seite der Arbeiter getreten, und man hat mich deswegen schon einen Anführer der Arbeiter genannt. Sollte ich im vorliegenden Falle in der Form geschliffen, so bitte ich, mich zu bestrafen.

Nach halbstündiger Beratung verurteilt der Vorsitzende das Urteil. Es lautet gegen den Angeklagten wegen Verletzung in zwei Fällen auf einen Monat Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe, im Nichtbetreibungsfalle auf weitere 10 Tage Gefängnis.

Ein Dolch-Duell zwischen Frauen.

Ueber einen Zweikampf in Paris zwischen zwei Frauen wird in der Presse berichtet: Der Grund zu dem Duell, das im Zentrum der Stadt vor sich ging, war die Eifersucht. Der Zweikampf wurde mit kurzen Dolchen ausgetragen, während als Zeugen die gesamten Freunde und Freundinnen der beiden jungen Mädchen anwesend waren. Der Kampf wurde mit ungläublicher Pefigkeit geführt, so daß es die männlichen Zuschauer überhaupt nicht wagen konnten, die Kämpfenden auseinander zu bringen, ohne nicht selbst verwundet zu werden. Das Duell endete dadurch, daß eine der Teilnehmerinnen, die 19jährige Marie Gantenou, zusammenbrach. Sie in die Brust und in den Kopf hatten sie so schwer verletzt, daß sie schnell nach dem Hospital gebracht werden mußte, wo sie lebensgefährlich darniederliegen soll.

Große Kälte im Rheintal.

Im ganzen Rheintal herrscht so enorme Kälte, daß der Verkehr Störungen erleidet. Der Schiffsverkehr mußte eingestellt werden. In einem Orte der Schweizerischen Alpen sind 9 Grad Kälte.